

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 18/2001
Jutta Graf/Viola Neu

POLITIKKOMPASS

Analyse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vom 25.03.2001

Sankt Augustin, April 2001

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu/Jutta Graf
Team „Politische Kommunikation, Parteien- und
Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-249 / -259
E-Mail: viola.neu@kas.de
jutta.graf@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Gliederung

	Seite
1. Zusammenfassung der wesentlichen Trends des Wahlverhaltens und der politischen Analyse der Landtagswahlen	3
2. Das Wahlergebnis im Spiegel der Meinungsforschung	7
2.1 Die Landtagswahl in Baden-Württemberg	7
2.1.1 Das Wahlergebnis und die Wählerwanderungsbilanz	7
2.1.2 Die Wahlbeteiligung	8
2.1.3 Sozialstrukturelle Trends des Wahlverhaltens	9
2.1.4 Das politische Klima im Vorfeld der Wahl	11
2.1.5 Die politischen Lösungskompetenzen	16
2.1.6 Die Bewertung der Spitzenkandidaten	18
2.2 Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz	20
2.2.1 Das Wahlergebnis und die Wählerwanderungsbilanz	20
2.2.2 Die Wahlbeteiligung	21
2.2.3 Sozialstrukturelle Trends des Wahlverhaltens	21
2.2.4 Das politische Klima im Vorfeld der Wahl	23
2.2.5 Die politischen Lösungskompetenzen	27
2.2.6 Die Bewertung der Spitzenkandidaten	29
3. Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse in Baden-Württemberg	32
3.1 Das Wahlergebnis	32
3.2 Ergebnisse der Wahlkreisanalyse: Wahlbeteiligung, Hochburgen, Gewinne und Verluste der Parteien	39
3.3 Das Wahlverhalten nach regionalen und strukturellen Merkmalen	48
4. Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse in Rheinland-Pfalz	50
4.1 Das Wahlergebnis	50
4.2 Ergebnisse der Wahlkreisanalyse: Wahlbeteiligung, Hochburgen, Gewinne und Verluste der Parteien	57
4.3 Das Wahlverhalten nach regionalen und strukturellen Merkmalen	63
5. Anhang	67
5.1 Die Wahlergebnisse seit der Bundestagswahl 1998 im Vergleich	67
5.2 Zusammenstellung der Vergleichszahlen aller Wahlen seit der Bundestagswahl 1998	70

1. Zusammenfassung der wesentlichen Trends des Wahlverhaltens und der politischen Analysen der Landtagswahlen¹

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zeichnen sich durch einen Konzentrationsprozess zugunsten der beiden Volksparteien und zu Lasten der kleineren Parteien aus. Hiervon waren in beiden Ländern insbesondere die Grünen betroffen und in Baden-Württemberg außerdem die REP, deren Wählerpotential um mehr als die Hälfte schrumpfte. Die FDP verlor in beiden Ländern nur leicht.

Für beide Volksparteien können die Landtagswahlen als Erfolg gewertet werden. Für die CDU ist es entscheidend, dass der weit verbreitete Glaube, die CDU hätte bei der Bundestagswahl 2002 keine Erfolgchancen, gebrochen werden konnte. Vielmehr wird deutlich, dass die CDU dann Wahlen gewinnen kann, wenn sie ihre Kernkompetenzen besitzt. So hatte die CDU in Baden-Württemberg ein Kompetenzprofil, das sich von dem der Bundespartei unterschied. Die CDU führte im Zutrauen der Wähler in den entscheidenden Fragen klar vor der SPD: der Wirtschaftslage, der Inneren Sicherheit und der Arbeitslosigkeit. Insbesondere die Kompetenz bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist bemerkenswert. Im Bund führt die SPD bei diesem Thema, da eine Mehrheit der Bürger Arbeitslosigkeit als sozialpolitisches Thema interpretiert. In Baden-Württemberg wurde dieses Thema als wirtschaftspolitisches interpretiert und somit die Lösungskompetenz der CDU zugeschrieben. Damit hatte die CDU in Baden-Württemberg auch die Zukunftskompetenz inne, die für das Wahlverhalten zentral ist. Daher spielt es nur eine untergeordnete Rolle, ob die CDU in Baden-Württemberg trotz oder wegen der Bundespartei gewonnen hat. Entscheidend für Wahlerfolge ist das Kompetenzprofil.

Die bundespolitischen Implikationen für die SPD gestalten sich anders. Ute Vogt gilt nach dem Zugewinn in Baden-Württemberg als „Führungsreserve“ der SPD, die auch im nächsten Bundesvorstand ihren Platz finden soll. Für die Koalition bedeutet das Konzept der „Neuen Mitte“, dass sie ein Bündnis mit einer Linkspartei braucht. Die Handlungsmöglichkeiten für die SPD haben sich jedoch um die Option bzw. das Drohpotential der FDP erweitert.

In beiden Ländern litten alle Parteien unter Mobilisierungsproblemen ihrer eigenen Anhängerschaften. Die Wahlergebnisse wurden weniger von der „eigenen“ Anhängerschaft bestimmt als von den Wechselwählern anderer Parteien. Ob es zutrifft, dass die schlechten Umfrageergebnisse der CDU in Baden-Württemberg im Vorfeld der Wahl zusätzliche CDU-Wähler mobilisiert haben, da ein Regierungswechsel befürchtet wurde, kann nicht geklärt

¹ Als Basis wurden die Wahlrepte und Wahltagsbefragungen von Infratest dimap herangezogen, die uns vorab freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurden. Des weiteren flossen die Vorwählerhebungen und die veröffentlichten Wahlanalysen von Infratest dimap in die Analyse mit ein. Die von der Forschungsgruppe Wahlen veröffentlichten Ergebnisse wurden ebenfalls berücksichtigt.

werden. Entscheidend ist, dass die Abwanderungen in das Nichtwählerlager, die alle Parteien gleichermaßen betrafen, unterschiedlich ausgeglichen wurden. Die CDU konnte in Baden-Württemberg von allen Lagern (außer der SPD, an die sie im Saldo Stimmen abgeben musste) Wähler gewinnen. Sie gewann insbesondere von den REP Wähler zurück, aber auch von der FDP und den Grünen. Der Zugewinn der SPD in Baden-Württemberg ist in erster Linie Folge eines massiven Zustroms ehemaliger Grünen-Wähler. Das Potential der REP ging wieder dahin zurück, wo es 1992 herkam: in erster Linie an das Nichtwählerlager, dann an die CDU und die SPD. In Rheinland-Pfalz waren SPD und CDU etwa gleich stark von der Wahlenthaltung ihrer eigenen Anhängerschaft betroffen. Daher ist die These, dass von den Umfrageergebnissen in Rheinland-Pfalz eine demoralisierende Wirkung auf die Anhängerschaft der CDU ausging, nicht zuzustimmen. Absolut hat die SPD sogar mehr Wähler als die CDU an das Nichtwählerlager abgegeben. Der SPD ist es in Rheinland-Pfalz gelungen, Wähler anderer Parteien für sich zu gewinnen. Den stärksten Zustrom erhielt die SPD von ehemaligen Wählern der Grünen und der CDU.

Kurz nach der Wahl wurde die Vermutung geäußert, dass die geringe Popularität des CDU-Spitzenkandidaten, Christoph Böhr, ursächlich für das schlechte Abschneiden gewesen sei, da er weder volkstümlich noch ein Volkstribun sei. Wissenschaftlich ist diese These nicht zu stützen. Der tatsächliche Einfluss von Spitzenkandidaten schwankt von Wahl zu Wahl. Zudem werden Parteien und nicht Personen gewählt. Sympathiewerte für Spitzenpolitiker sind somit nicht allein ausschlaggebend für das Abschneiden der Parteien. Z.B. wurde auch 1999 in Brandenburg die größere Sympathie für Stolpe (70 Prozent sprachen sich für Stolpe als Ministerpräsident aus und nur 22 Prozent für Schönbohm) nicht wahlentscheidend. Die SPD verlor 14,8 Punkte und die CDU legte um 7,8 Punkte zu. Auch die Landtagswahlen in Hessen und dem Saarland wurden zugunsten der CDU entschieden, obwohl beide Herausforderer (Koch/Eichel und Müller/Klimmt) in den Sympathiewerten deutlich hinter den Amtsinhabern lagen.

Das bundespolitische Klima hatte – wenn überhaupt – nur geringe Auswirkungen auf das Wahlergebnis. Vielmehr sind die landespolitischen Spezifika wahlentscheidend für die unterschiedlichen Wahlergebnisse gewesen, die zur Fortsetzung der bisherigen Regierungen führt. Die jeweiligen landespolitischen Kompetenzprofile der Parteien und Regierungen bestimmten somit das Abstimmungsverhalten. Entscheidend war in beiden Ländern die jeweils überdurchschnittlich große Zufriedenheit mit der Landesregierung und das Fehlen eines „Wind of Change“. Hinzu kam die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation im Land. In beiden Ländern verfügte die große Regierungspartei über einen erheblichen Kompetenzvorsprung vor der herausfordernden Oppositionspartei. In beiden Ländern - aber vor allem in Rheinland-Pfalz - wurde der Amtsinhaber besser beurteilt als der/die Herausforderer(in). In beiden Ländern wurde die Fortsetzung der als erfolgreich beurteilten Landesregierung gewünscht. In

beiden Ländern fehlte eine wie auch immer geartete Proteststimmung, die die andere Seite der Zufriedenheit mit der jeweiligen Landesregierung ist. In Baden-Württemberg führte dies zu den Verlusten der REP. In Rheinland-Pfalz trug dies sicher auch zu den Mobilisierungsproblemen der CDU bei.

Lediglich bei den Grünen, die seit 1998 bei jeder Landtagswahl Stimmen verloren haben, ist ein bundespolitischer Einfluss nicht auszuschließen. Durch die Machtteilhabe der Grünen im Bund wird deren politisches Profil verwässert, wodurch die Bindungskraft nachlässt. Weder von dem Thema „Verbraucherschutz“ noch den Repräsentanten der Grünen, die ein positives Image in der Bevölkerung haben (Fischer, Künast), entfalten sich über das eigene Lager hinausreichende Wirkungen. Dies liegt u.a. daran, dass das Thema Verbraucherschutz (BSE, MKS) in der Bevölkerung zwar als wichtig angesehen wird, dies jedoch kein Thema ist, das für das Wahlverhalten relevant ist.

Die Grünen haben bei jeder Landtagswahl seit 1998 Verluste hinnehmen müssen. Die Gründe dafür, dass ein Teil der Grünen Stammwählerschaft nicht wieder mobilisiert werden konnte, dürften in der Unzufriedenheit der Stammwähler mit den Kompromissen des kleineren Koalitionspartners zu finden sein. In Baden-Württemberg waren vor allem die Verluste an die SPD für das schlechte Abschneiden der Grünen verantwortlich, was eher als Ausdruck von Protest an der Politik der Grünen denn als Zustimmung zur SPD gewertet werden kann. Dieser Trend ist vergleichbar mit den Wahlergebnissen der FDP in den 90er Jahren, die ebenfalls auf der Ebene der Länder Einbußen zu verzeichnen hatte, die sich jedoch nicht auf der Bundesebene auswirkten.

Ob Trittins Verhalten sich in irgendeiner Weise negativ auf das Wahlergebnis der Grünen auswirkte, bleibt wissenschaftlich spekulativ. Auch wenn Grüne Politiker die Mutmaßung aufstellten, dass durch Trittins „Skinhead“ Äußerung und die Nationalstolz-Debatte CDU-Wähler mobilisiert worden seien, finden sich hierfür keine wissenschaftlichen Beweise. Auch der Hinweis der Parteilinken, dass die Verluste in Baden-Württemberg immerhin in der Hochburg des realpolitischen Flügels der Grünen stattgefunden hätten, scheinen den Kern des Problems nicht zu treffen. Wahrscheinlicher ist, dass sich die Themenfelder „Nationalstolz“ und „Castor/Anti AKW“ in ihrer Wirkung wechselseitig aufgehoben haben. Entscheidender ist, dass der ursprünglich mit den Grünen identifizierte Themenkanon (u.a. Umwelt, Frieden) konstant an Bedeutung verliert. Den Grünen fehlen Profilierungsthemen, die größere gesellschaftliche Relevanz haben.

Die These, dass der Untergang der Grünen als Generationenpartei bevorstehe, greift eher zu kurz. Die Verluste der Grünen bei jüngeren Wählern setzen einen schon länger andauernden Trend fort. Auch bei den vorhergehenden Landtagswahlen haben die Grünen überproportional

stark bei den jüngeren Wählern verloren. Dennoch finden sie bei den jüngeren Wählern nach wie vor überproportionale Zustimmung. Die Ursachen hierfür sind im Wahlverhalten der jüngeren Wähler zu suchen. Die Jung- und Erstwähler entscheiden zunehmend pragmatisch und von Wahl zu Wahl anders. Bei ihnen dominiert heute schon der Typ des pragmatischen Wechselwählers, der seine Entscheidung von Wahl zu Wahl neu trifft. So hatte z.B. 1999 die Union einen deutlichen Zuwachs bei den Jung- und Erstwählern zu verzeichnen. Auch dies spricht dafür, dass sozialstrukturelle Bindungen und ideologische Motive in dieser Wählergruppe nur schwache Auswirkungen auf die Wahlentscheidung haben. Sicherlich können diese jüngeren Wähler auch nur noch schwer mit dem klassischen Themenkanon der Grünen angesprochen werden.

Die FDP-Führung zeigte sich enttäuscht, dass keine zweistelligen Wahlergebnisse erzielt wurden und die FDP bei ihrem Ziel eine kleine „Volkspartei“ zu werden eine Niederlage erlitten hat. Dennoch sind die Ergebnisse für die FDP noch ansehnlich und deuten – auch im Vergleich zu früheren Ergebnissen – nicht auf eine Krise hin.

Das Wahlergebnis der REP, die nicht wieder in den Landtag einzogen, fand in der Öffentlichkeit nur wenig Resonanz. Die Interpretation des Parteivorsitzenden Schlierer, die REP seien Opfer einer Hetzkampagne gegen Rechts geworden, trifft nicht die wahren Ursachen für die Niederlage der REP. Ein Wählerpotential für rechte Parteien ist zwar immer latent vorhanden, kann aber nicht immer zur Stimmabgabe motiviert werden. Zur Wahl rechter Parteien kommt es meistens, wenn bestimmte Themenkonstellationen im öffentlichen Meinungsklima dominant sind (z.B. Asyl, Ausländer, Arbeitslosigkeit) und eine Proteststimmung und/oder wirtschaftliche Depressionen hinzukommen. Daher kann auch nach dem schlechten Abschneiden der REP in Baden-Württemberg nicht davon ausgegangen werden, dass es in Zukunft nicht mehr zu Wahlerfolgen rechter Parteien kommt.

2. Das Wahlergebnis im Spiegel der Meinungsforschung

2.1 Die Landtagswahl in Baden-Württemberg

2.1.1 Das Wahlergebnis und die Wählerwanderungsbilanz

Die CDU ist auch nach 47 Jahren die eindeutig dominierende politische Kraft in Baden-Württemberg. Sie ist der klare Gewinner der Wahl. Der SPD ist es gelungen, sich von dem absoluten Tief der Vorwahl (25,1 Prozent) zu erholen. Sie knüpft damit wieder an die Wahlergebnisse seit den 70er Jahren an.

Trotz gesunkener Wahlbeteiligung ist es der CDU und der SPD gelungen, die absoluten Stimmen zu steigern. Beide Parteien hatten jedoch erhebliche Probleme bei der Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft, konnten jedoch aus dem Lager der kleinen Parteien Wähler hinzugewinnen. Somit sind die absoluten Gewinne durch die Hinzugewinne aus dem Lager der Wechselwähler der kleineren Parteien entstanden.

Die Zugewinne der CDU kommen von allen Parteien außer der SPD, an die sie im Saldo Stimmen abgeben musste (-12.000). Die CDU konnte vor allem ehemalige Wähler der REP (+74.000) für sich gewinnen. Aber auch von der FDP (+39.000) und den Grünen (+26.000) konnte sie Stimmen mobilisieren. Die CDU hat 89.000 Wähler an der Nichtwählerlager abgegeben.

Die SPD profitierte am stärksten von ehemaligen Wählern der Grünen (+186.000). Damit konnte sie die Verluste bei der eigenen Wählerschaft (-103.000) mehr als kompensieren.

Die Grünen sind der eindeutige Verlierer der Wahl. Allerdings war das Ergebnis der Vorwahl ein Rekordergebnis. Es ist ihnen zum einen nur unzureichend gelungen, ihre eigenen Wähler zu mobilisieren (-48.000). Darüber hinaus verloren sie mehr als die Hälfte ihrer Wähler an die SPD. Diese Verluste konnten die Grünen durch die geringen Zugewinne von anderen Parteien sowie durch den Generationenwechsel nicht kompensieren.

Die FDP verlor überdurchschnittlich stark an die beiden Volksparteien. Mit den leichten Zugewinnen von Wählern der anderen kleinen Parteien konnte sie ihre Verluste nicht wieder wettmachen.

Die REP sind die eindeutigen Verlierer der Wahl. Sie konnten keine Wähler hinzugewinnen. Sie gaben ihr Wählerpotential wieder dahin ab, wo sie es 1992 mobilisiert hatten. Die meisten Stimmen verloren sie an das Nichtwählerlager (-80.000) und die CDU (-74.000). Aber auch an die SPD mussten die REP Wähler abgeben (-32.000).

Das Hauptmotiv für die Wechselwähler waren die Lösungsvorschläge der Parteien zu den Sachfragen. Die Kandidaten waren für den Wechsel der Wahlentscheidung weniger wichtig. Vor allem für die Wechsler von den REP (70 Prozent) standen Themen im Vordergrund.

Wählerwanderungsbilanz in Baden-Württemberg Stimmengewinne und –verluste im Saldo (spaltenweise)						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	REP	Andere
Austausch mit						
CDU	-	+12.000	-26.000	-39.000	-74.000	-23.000
SPD	-12.000	-	-186.000	-39.000	-32.000	-25.000
Grüne	+26.000	+186.000	-	-4.000	-5.000	+3.000
FDP	+39.000	+39.000	+4.000	-	-5.000	-8.000
REP	+74.000	+32.000	+5.000	+5.000	-	+7.000
Andere	+23.000	+25.000	-3.000	+8.000	-7.000	-
Nichtwähler	-89.000	-103.000	-48.000	-24.000	-80.000	-12.000
Erstwähler/Verstorbene	-41.000	-2.000	+17.000	-9.000	-18.000	+5.000
Zu-/Fortgezogene	+36.000	+122.000	+7.000	+10.000	-17.000	-7.000

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung

Lesebeispiel: Die CDU verliert im Saldo 12.000 ehemalige Unionswähler an die SPD. Sie gewinnt dagegen 26.000 ehemalige Grünen-Wähler, 39.000 ehemalige FDP-Wähler, 74.000 ehemalige REP-Wähler und 23.000 ehemalige Wähler anderer Parteien. 89.000 ehemalige Unionswähler haben bei dieser Landtagswahl nicht gewählt.

2.1.2 Die Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung ist um 5 Punkte gesunken und belief sich auf 62,6 Prozent. Dieser Rückgang ist im Vergleich zu anderen Landtagswahlen seit 1998 kein ausgesprochen hoher Wert. So sank die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999, der Landtagswahl im Saarland und in Thüringen um fast 15 Punkte. Im Vergleich zu der Wahlbeteiligung in anderen Ländern liegt Baden-Württemberg etwa im Mittel.

Insgesamt fand die Landtagswahl in einer eher ruhigen, zufriedenen Stimmung statt, die dazu führte, dass die Wahlbeteiligung gesunken ist. Wesentlicher Faktor hierfür ist, dass eine Proteststimmung, die vor allem die REP gefördert hätte, nicht vorlag. Gleichzeitig fehlte eine mobilisierende Wechselstimmung, da die Bürger mit der Politik der Landesregierung überdurchschnittlich zufrieden waren. Daraus erklärt sich auch das nur mäßige Interesse an der Landtagswahl. Die Mehrheit der Bürger (52 Prozent im Februar 2001, Infratest dimap) zeigte auch nur ein geringes Interesse an der Landtagswahl.

Hinzu kommt, dass der Anteil der Unentschlossenen und der Nichtwähler von Juli 2000 bis März 2001 kontinuierlich angestiegen ist. Lag die Unentschlossenen-Quote im Juli 2000 noch bei 25 Prozent, so betrug sie unmittelbar vor der Wahl 34 Prozent. Dieser Trend ist gegenläufig zu anderen Wahlen, bei denen die Anzahl der Unsicheren Wähler eher abnimmt. Dies kann als Hinweis auf eine nicht ausreichende Mobilisierung der über die Stammwählerschaft hinaus reichenden Wähler interpretiert werden.

2.1.3 Sozialstrukturelle Trends des Wahlverhaltens

Die CDU kann in fast allen Altersgruppen hinzugewinnen. Am stärksten (+10 Punkte) gewann sie bei 25-34-jährigen Frauen hinzu. Trotz der Zugewinne findet sie bei den jüngeren Altersgruppen eher unterdurchschnittliche Unterstützung, bei ihrer Kernklientel, den Wählern über 60 Jahre hingegen eine überdurchschnittliche Zustimmung (56 Prozent). Dies entspricht den konstanten Trends des Wählerverhaltens. Mögliche Rückschlüsse auf ein potentiell „Aussterben“ der CDU-Anhängerschaft greifen jedoch zu kurz, da dieses Muster schon seit den 50er Jahren zu beobachten ist und eine der großen Konstanten des Wahlverhaltens darstellt, die üblicherweise mit Lebenszykluseffekten erklärt wird.

Die SPD gewinnt ebenfalls in allen Altersgruppen hinzu. Am stärksten bei Männern in der Altersgruppe 35-59 Jahre sowie bei jüngeren Frauen. Dabei könnte es sich in erster Linie um ehemalige Grünen-Wählerinnen handeln.

Die Grünen verlieren überdurchschnittlich stark in den jüngeren Altersgruppen und dort vor allem bei Frauen. Dennoch finden die Grünen nach wie vor überdurchschnittlich großen Zuspruch bei den jüngeren Wählern. Der Trend, dass die Grünen in ihrer früheren Stammklientel, den Jungwählern, Verluste zu verzeichnen haben, bestimmte auch die Landtagswahlen seit 1998. Sowohl in Hessen, Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen waren die Verluste bei den Jung- und Erstwählern zweistellig. Trotzdem ist das „Ergrauen“ der Grünen bislang ein sich nur sukzessiv abzeichnender Prozess.

Die REP finden bei den jüngeren Wählern größeren Zuspruch als bei den älteren Wählern. Ihre Verluste sind bei den älteren Wählern überdurchschnittlich. Der Trend, dass die rechten Parteien eher bei den jüngeren als den älteren Wählern Unterstützung finden ist – cum grano salis – stabil.

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht 2001 und Vergleich mit 1996

Alter Von ... bis Jahren	CDU		SPD		Grüne		FDP		REP	
	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96
Endergebnis	44,8	+3,5	33,3	+8,2	7,7	-4,4	8,1	-1,5	4,4	-4,8
	Männer und Frauen (in %)									
18 – 24	41	+4	26	+7	11	-11	9	-0	9	-1
25 – 34	40	+7	34	+9	12	-10	6	-1	5	-4
35 – 44	38	+4	38	+11	12	-7	7	-0	4	-5
45 – 59	40	-1	38	+11	7	-2	9	-3	3	-6
60 und mehr	56	+4	29	+5	3	+0	9	-2	4	-6
	Männer (in %)									
18 – 24	45	+6	20	+4	10	-8	9	-1	11	-3
25 – 34	42	+5	32	+6	9	-7	7	+1	8	-5
35 – 44	42	+5	38	+13	8	-8	7	-1	5	-6
45 – 59	39	-2	37	+11	8	+1	9	-3	5	-8
60 und mehr	53	+2	28	+4	3	+1	10	-2	5	-5
Männer gesamt	45	+3	32	+8	7	-4	8	-1	6	-6
	Frauen (in %)									
18 – 24	35	+2	33	+11	12	-14	9	+1	7	+2
25 – 34	38	+10	37	+11	14	-13	4	-3	3	-2
35 – 44	34	+3	38	+9	16	-7	8	+0	2	-4
45 – 59	42	+0	38	+11	7	-4	10	-3	2	-4
60 und mehr	57	+5	29	+6	4	-0	8	-3	2	-6
Frauen gesamt	44	+4	34	+9	9	-6	8	-2	3	-4

Quelle: Infratest dimap Wahltagsbefragung (2001) und Infas Wahltagsbefragung (1996)

Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis.

Das Wahlverhalten in den unterschiedlichen sozialstrukturellen Gruppen weist einige Besonderheiten auf. Sowohl CDU als auch SPD gewannen vor allem in den sozialstrukturellen Gruppen hinzu, die ihnen eher fremd sind. So konnte die CDU von Arbeitslosen, Arbeitern, aber auch Gewerkschaftsmitgliedern einen überdurchschnittlichen Zuwachs verzeichnen und die SPD umgekehrt bei Angestellten, Beamten, Selbständigen und bei Wählern, die sich noch in der Ausbildung befinden (hier haben vor allem die Grünen starke Einbußen zu verzeichnen). Diese eher ungewöhnlichen Austauschströme könnten aus der Herkunft der jeweiligen Wechselwähler erklärt werden: der Zuwachs aus dem REP-Potential bei der CDU und der Zustrom aus dem Lager der Grünen bei der SPD. Hierzu wären allerdings weitergehende Analysen notwendig.

**Wahlverhalten nach Bildung, Beruf, Konfession und Gewerkschaftsmitgliedschaft 2001
und Veränderung gegenüber 1996**

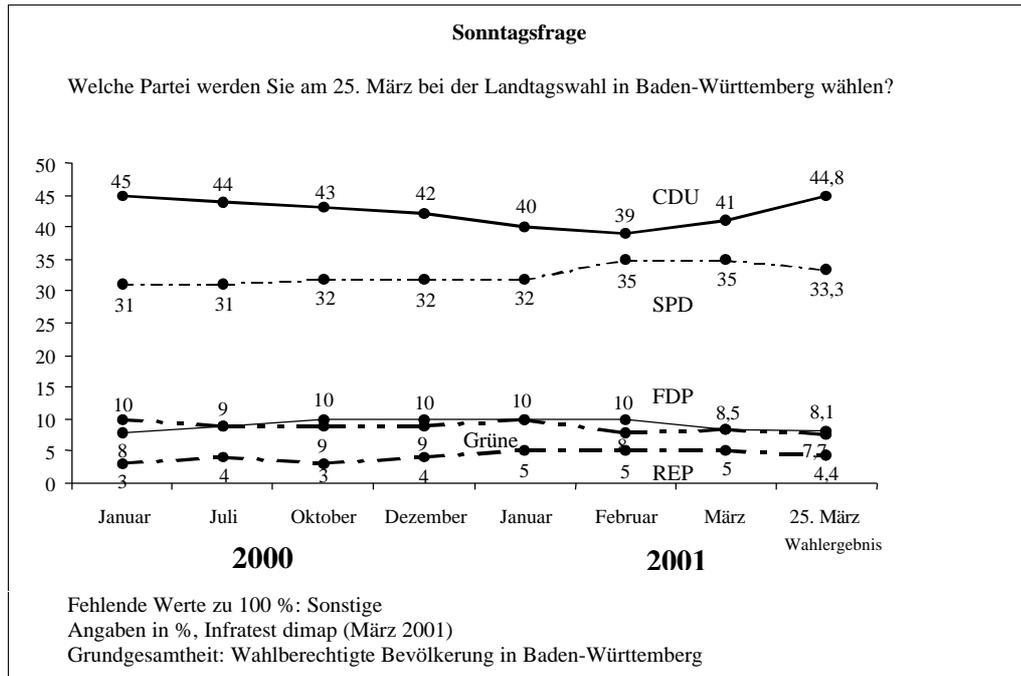
	CDU		SPD		Grüne		FDP/DVP		REP	
	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96
Endergebnis	44,8	+3,5	33,3	+8,2	7,7	-4,4	8,1	-1,5	4,4	-4,8
Schulbildung										
Hoch	37	+2	36	+13	15	-9	9	-3	2	-2
Mittel	44	+4	32	+7	7	-6	9	-0	6	-4
Niedrig	51	+7	33	+5	3	-1	7	-2	5	-8
Tätigkeit										
Arbeiter	48	+9	32	+5	4	-2	4	-1	9	-9
Angestellte	38	+2	39	+11	10	-6	8	-1	3	-4
Beamte	33	-2	41	+12	13	-6	7	-1	4	-3
Selbständige	48	+3	20	+10	11	-5	16	-5	2	-4
Hausfrau/-mann	50	+7	28	+4	10	-3	9	-2	2	-4
Rentner	53	+4	31	+5	3	0	8	-2	4	-7
in Ausbildung	38	+5	31	+12	15	-19	8	-1	5	+2
Arbeitslose	33	+10	31	+1	8	-8	14	+8	9	-9
Gewerkschaft										
Mitglieder	35	+7	45	+7	8	-4	4	-1	6	-8
Nicht-Mitglieder	45	+3	32	+9	8	-5	9	-2	4	-4
Konfession										
Evangelisch	39	+4	38	+9	7	-5	10	-2	4	-6
Katholisch	56	+4	25	+5	8	-4	6	-1	4	-4
Andere/Keine	23	-2	48	+19	13	-10	8	-2	6	-5

Quelle: Infratest dimap Wahltagsbefragung (2001) und Infas Wahltagsbefragung (1996)

Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis.

2.1.4 Das politische Klima im Vorfeld der Wahl

Schon im Vorfeld zeichnete sich ab, dass die CDU stärkste politische Kraft in Baden-Württemberg bleiben würde, wobei vor allem das Abschneiden der REP noch mit einigen Fragezeichen versehen war, da sich die REP-Wähler in Umfragen häufig bedeckt halten. Der CDU ist es kurzfristig gelungen, die vorhandene positive Grundstimmung für sich auszubauen und Wechselwähler anzusprechen.

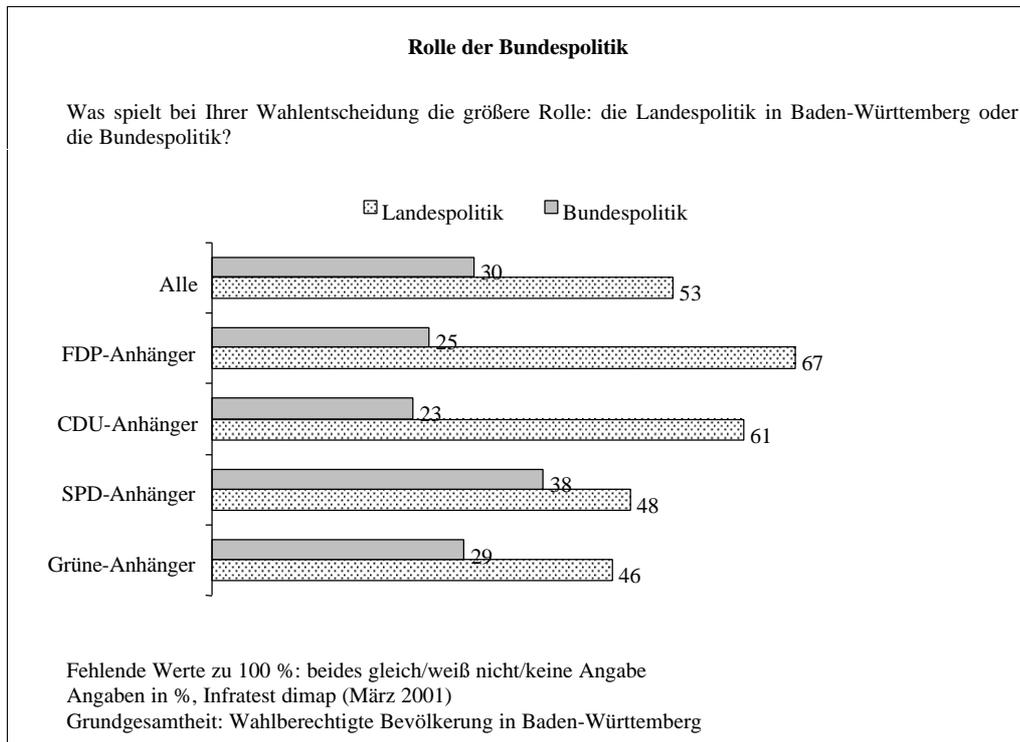


Dies spiegelt sich in der Wahlabsichtsfrage (Sonntagsfrage) wider. Die CDU musste seit Januar 2000 geringfügige Abstriche bei der Zustimmung machen; die SPD konnte gegenläufig einen leichten Zuwachs an Sympathien feststellen. So war das politische Klima in Baden-Württemberg im Vorfeld der Wahl von entgegenlaufenden Tendenzen gekennzeichnet. Einerseits herrschte eine deutliche Zufriedenheit mit den Leistungen der CDU/FDP-Koalition, andererseits ist es der SPD gelungen, sich aus ihrem Stimmungstief von 1996 zu befreien.

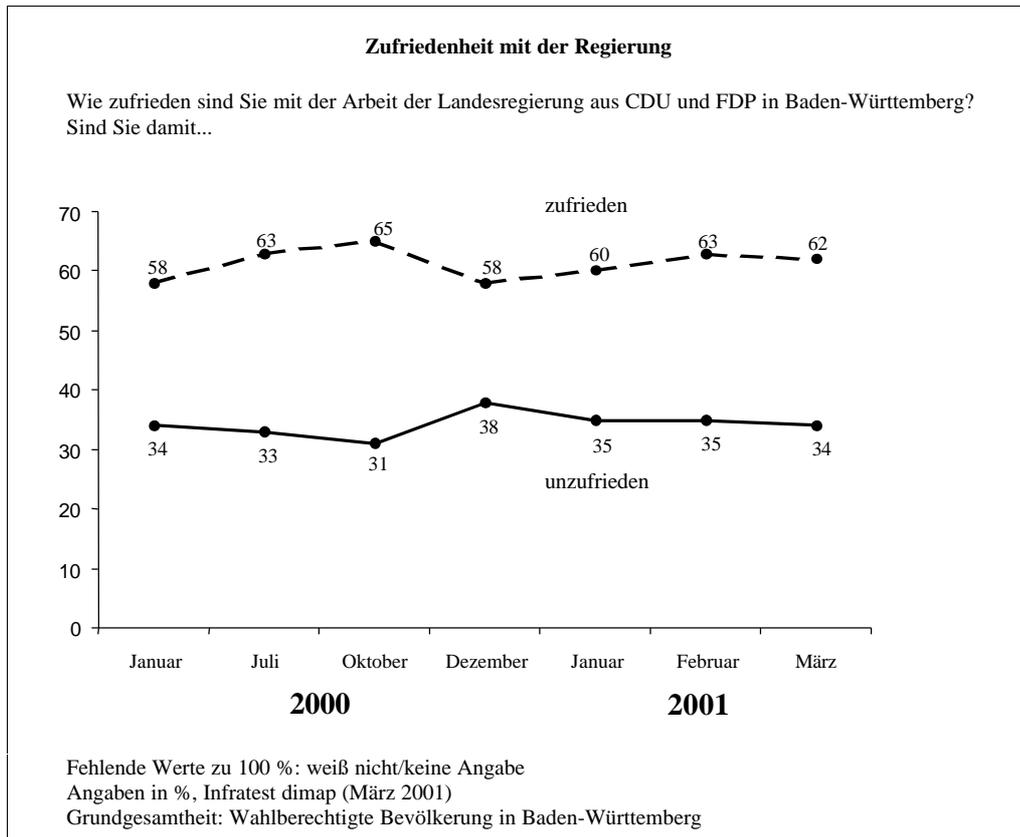
Ein Hinweis, dass es der CDU kurz vor der Wahl gelungen ist, Wähler zu mobilisieren, findet sich in den Einstellungen zu den Lösungskompetenzen einer von der SPD-geführten Landesregierung. Unmittelbar vor der Wahl schwand das Zutrauen, dass eine SPD geführte Landesregierung die anstehenden Probleme besser lösen könnte erheblich. Sprachten im Februar noch 37 Prozent der Wähler der SPD die größere Kompetenz zu, sank dieser Anteil unmittelbar vor der Wahl um 8 Punkte auf 29 Prozent. Damit hielt die Mehrheit der Baden-Württemberger die SPD für die schlechtere Alternative.

Bundespolitische Faktoren scheinen eine eher untergeordnete Rolle bei der Wählermobilisierung gespielt zu haben. Zum einen spiegelt sich dies in der Selbsteinschätzung der Bürger wider, von denen nur 30 Prozent der Bundespolitik einen größeren Einfluss auf ihre Wahlent-

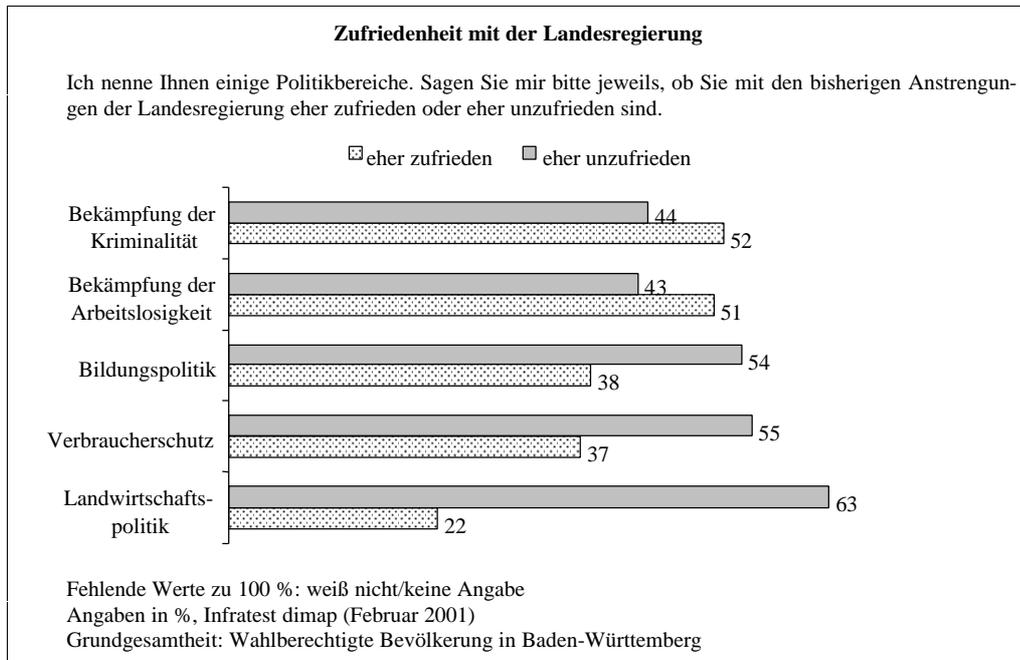
scheidung einräumten. Zum anderen zeigt sich dies auch in den Kompetenzprofilen von CDU und SPD (s. u.), die sich deutlich von den Kompetenzen der Bundesparteien unterscheiden.



Obwohl die CDU in Baden-Württemberg seit 47 Jahren ununterbrochen an der Regierung ist, war die Zufriedenheit ungebrochen hoch. So zeigten sich mit der Arbeit der Landesregierung kontinuierlich etwa zwei Drittel der Bürger in Baden-Württemberg zufrieden. Die Landesregierung fand auch weit über das Lager der eigenen Anhängerschaft hinaus Zustimmung. So waren im März 2001 (Infratest dimap) 51 Prozent der SPD- und 44 Prozent der Grünen-Anhänger mit der Landesregierung zufrieden.



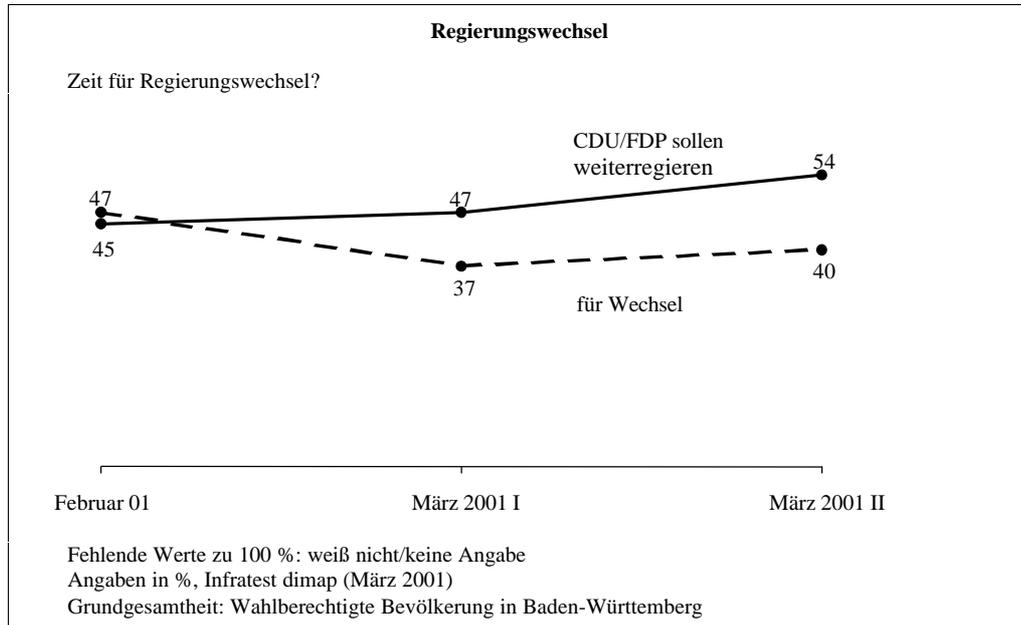
Auch in den wichtigen Politikfeldern (Arbeitslosigkeit und Verbrechensbekämpfung) war mehr als die Hälfte der Bürger Baden-Württembergs mit den Leistungen der Landesregierung zufrieden.



Eine wichtige Rahmenbedingung für die Zufriedenheit mit den Leistungen der Regierung stellte die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation dar. 80 Prozent der Baden-Württemberger waren mit der wirtschaftlichen Lage zufrieden. Dies ist ein Wert, der von keinem anderen Land im Vorfeld einer Landtagswahl seit 1998 erreicht wurde. Die wahrgenommene wirtschaftliche Prosperität wird der CDU zugeschrieben und bestimmt maßgeblich die hohe Zufriedenheit und somit das Abstimmungsverhalten. Die Einstellungen der Bürger in Baden-Württemberg unterscheiden sich auch in einem anderen Punkt zentral von der bundespolitischen Stimmung: In Baden-Württemberg besteht keine Kluft zwischen der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der persönlichen wirtschaftlichen Lage.

Darüber hinaus machte sich im Wahlkampf keine Wechselstimmung breit. Es dominierte der Wunsch nach Kontinuität. Vor allem in der Endphase zeichnete sich eine Stabilisierung zugunsten der amtierenden Regierungskoalition ab. Während noch im Februar 2001 fast eine Patt-Situation zwischen Wechsel-Befürwortern und Wechsel-Gegnern bestand, änderte sich diese Einstellung am Ende des Wahlkampfes. Der Anteil derjenigen, die einen Wechsel befürworteten sank Anfang März um 10 Punkte auf 37 Prozent während sich der Anteil der Wechselgegner bei 47 Prozent stabilisierte. Unmittelbar vor der Wahl ist die Zustimmung zur bestehenden Koalition weiter angestiegen. 54 Prozent der Bürger in Baden-Württemberg wünschten eine Fortsetzung. Aufgrund der hohen Zufriedenheit mit der Landesregierung sprach sich eine relative Mehrheit der Bürger in Baden-Württemberg (30 Prozent) für eine

Fortsetzung der amtierenden Koalition aus. Alle anderen Koalitionsoptionen hatten eine nachgeordnete Bedeutung.



2.1.5 Die politischen Lösungskompetenzen

Zu den wichtigsten Themen des Wahlkampfes zählten die Arbeitsmarktsituation, die Bildungspolitik und die BSE-Krise, wobei die BSE-Krise zunehmend an Bedeutung verlor und auch kein wahlentscheidungsrelevantes Thema darstellt. Andere Themen hatten eine nachgeordnete Bedeutung.

Wichtigkeit politischer Probleme		
Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme in Baden-Württemberg, die vordringlich gelöst werden müssen? (Mehrfachnennungen)		
	Januar 2001	Februar 2001
Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt	27	29
BSE	27	11
Bildung/Schule/Ausbildung	16	22
Verkehr	8	9
Ausländerfeindlichkeit	8	9
Renten(reform)/Alterssicherung	7	8
Wirtschaftliche Situation	6	5
(zu viele) Ausländer/Asylanten	6	6
Umweltschutz	5	5
Gesundheit(sreform)	4	4
Soziale Ungerechtigkeit	4	5
Kinder/Jugend/Familie	3	3
Kriminalität/Drogen	3	3
Ökosteuer	3	2
Steuer(reform)/Steuerpolitik	2	3
Weiß nicht	17	20
Keine Angabe	2	1

Angaben in %, Infratest dimap (Januar 2001, Februar 2001)
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Baden-Württemberg

Bei den Lösungskompetenzen führte die CDU im wichtigsten Thema, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eindeutig vor der SPD. Hier spiegelt sich wider, dass die Bürger zwischen der bundespolitischen und landespolitischen Ebene zu unterscheiden wissen. Während auf Bundesebene die SPD die Kompetenzführerschaft in diesem Themenfeld besitzt, konnte die CDU in Baden-Württemberg unabhängig von der Bewertung der Bundespartei eigenständige Kompetenzprofile aufbauen. Das selbständige Image der CDU in Baden-Württemberg als „Wirtschaftspartei“ findet sich auch in anderen Kompetenzfeldern wieder, in denen die Bundes-CDU derzeit noch hinter der SPD liegt. So wurde der CDU von der Mehrheit der Bürger zugetraut, den Wirtschaftsstandort in Baden-Württemberg zu sichern. Aber auch in der Kriminalitätsbekämpfung, einer weiteren Kernkompetenz der CDU, lag sie eindeutig vor der SPD.

Bei dem landespolitisch wichtigen Thema der Bildungspolitik lagen die beiden Volksparteien in der Bewertung der Bürger etwa gleich auf. Bildungspolitik war zwar bei CDU und SPD ein Hauptwahlkampfthema, allerdings konnte daraus keine der beiden Parteien einen eindeutigen Vorteil ziehen. Auch die Grünen konnten von dem hohen Kompetenzanspruch bei der Bekämpfung der BSE-Krise nicht profitieren, da sich hierin in erster Linie die positive Bewertung der Verbraucherschutzministerin Künast ausdrückt und dieses Thema kaum eine mobilisierende Wirkung entfaltet haben dürfte.

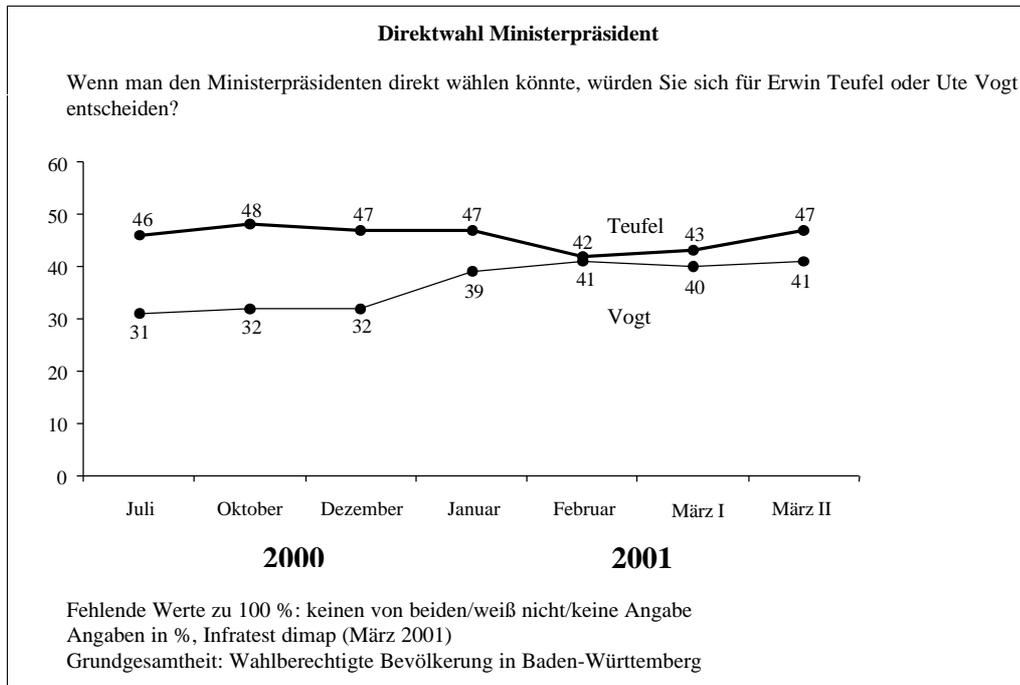
Parteikompetenz

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Baden-Württemberg Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.

	SPD	CDU	Differenz SPD/CDU	B'90/ Grüne	FDP	Sonstige Partei	keiner Partei	weiß nicht	Keine Angabe
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	32	40	+8	2	4	-	8	13	1
Kriminalität und Verbrechen in Baden-Württemberg bekämpfen	21	43	+22	2	2	4	10	17	1
den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg sichern	20	55	+35	1	4	1	5	13	1
eine gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben	31	28	-3	11	5	3	8	13	1
eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	35	36	+1	5	4	-	5	14	1
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41	26	-15	5	4	2	11	11	1
mit der BSE-Krise im Land fertig werden	15	20	+5	18	1	-	29	16	1
die Zukunftsprobleme in Baden-Württemberg lösen	26	38	+12	4	4	1	9	17	1
Angaben in %, Infratest dimap (Januar 2001)						Kompetenteste Partei fett gedruckt			
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Baden-Württemberg									

2.1.6 Die Bewertung der Spitzenkandidaten

Im Verlauf des Wahlkampfes ist es der SPD-Spitzenkandidatin, Ute Vogt, gelungen, ihren Bekanntheitsgrad und das Zutrauen in ihre Kompetenz, Ministerpräsidentin zu werden, zu steigern. Als Vogt sich im Sommer 2000 als Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg durchsetzte, hätten sich nur 31 Prozent in einer Direktwahl für sie entschieden. Im Rahmen des Wahlkampfes ist es ihr zu Beginn des Jahres gelungen, ihr Image zu verbessern und die Distanz zu Ministerpräsident Teufel deutlich zu verringern. Ministerpräsident Teufel ist es allerdings unmittelbar vor der Wahl gelungen, den Abstand zwischen ihm und der sozialdemokratischen Herausforderin zu vergrößern. In der hypothetischen Frage nach einer Direktwahl des Ministerpräsidenten führte Teufel mit 47 Prozent vor Vogt mit 41 Prozent.



Ministerpräsident Erwin Teufel genoss weit über die Grenzen der eigenen Anhängerschaft hinaus ein positives Image. So bestätigten ihm 73 Prozent der Bürger in Baden-Württemberg, ein guter Ministerpräsident zu sein. Selbst unter den Anhängern der SPD fand Teufel bei der Mehrheit Zustimmung. Die Spitzenkandidatin der SPD, Ute Vogt, fand überwiegend im eigenen Lager und dem Lager der Grünen Akzeptanz.

Kompetenz Ministerpräsident

Was meinen Sie: Ist/Wäre Erwin Teufel bzw. Ute Vogt ein(e) gute(r) Ministerpräsident(in) oder ist er bzw. sie das nicht?

	Gesamt (März)	Anhänger von...					nicht/ ungültig wählen	weiß noch nicht	keine Angabe
		SPD	CDU	B'90/ Grüne	FDP	Sonstige			
Erwin Teufel ist ein guter Ministerprä- sident	73	53	97	60	77	43	65	75	76
Ute Vogt wäre eine gute Minister- präsidentin	57	81	38	78	41	60	42	49	53

Fehlende Werte zu 100 %: ist/wäre kein(e) gute(r) Ministerpräsident(in)/weiß nicht/keine Angabe
 Angaben in %, Infratest dimap (Februar 2001)
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Baden-Württemberg

2.2 Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz

2.2.1 Das Wahlergebnis und die Wählerwanderungsbilanz

Die SPD konnte ihre Stellung in Rheinland-Pfalz gegenüber der Vorwahl weiter ausbauen, während die CDU ihr Vorwahlergebnis nicht halten konnte und das schlechteste Wahlergebnis seit 1947 erzielte. Die beiden kleinen Parteien mussten ebenfalls leichte Verluste hinnehmen. Die Grünen haben aber im Vergleich zu Baden-Württemberg mit einem Minus von 1,5 Punkten nur einen relativen geringen Schwund zu verzeichnen, wobei Rheinland-Pfalz noch nie zu den Hochburgen der Grünen zählte.

Alle Parteien haben in erheblichem Umfang Wähler durch die stark gesunkene Wahlbeteiligung verloren. Lediglich die SPD konnte die Stimmen, die sie an das Nichtwählerlager abgab durch Gewinne von Wählern anderer Parteien ausgleichen. Die SPD gab 110.000 Stimmen an das Nichtwählerlager ab, gewann von den Grünen und der CDU jeweils 27.000 Stimmen hinzu, wodurch sie als einzige Partei von der großen Wechselwahlbereitschaft profitieren konnte.

Die CDU konnte die Verluste durch Wahlenthaltung nicht durch die verhältnismäßig geringen Gewinne von Wählern anderer Parteien kompensieren. Daher ist das schwache Abschneiden der CDU in erster Linie auf Mobilisierungsdefizite im eigenen Lager zurückzuführen. Die CDU konnte 102.000 Wähler nicht wieder zur Stimmabgabe gewinnen und gewann von der FDP nur 8.000 und von den Grünen 4.000 Stimmen hinzu.

Die FDP verlor, wie auch in Baden-Württemberg, ihre Wähler an die beiden Volksparteien aber auch an das Nichtwählerlager. Geringe Zugewinne (+3.000) erhielt sie von ehemaligen Grünen-Wählern.

Die Grünen konnten im Saldo keine Stimmen hinzugewinnen. Der größte Abwanderungsstrom bewegte sich zur SPD (-27.000) und ins Nichtwählerlager (-20.000).

Wahlentscheidendes Motiv für die Wechselwähler war die Wirtschaftspolitik. Dies gilt insbesondere für die Abgänge, die die CDU und die FDP erfahren haben. Nachgeordnet in der Bedeutung war die Arbeitsmarktpolitik und Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Alle anderen Themenfelder hatten auf die Wahlentscheidung nur eine geringe Auswirkung. Dies gilt sowohl für landespolitische Politikfelder wie die Bildungs- und Verkehrspolitik als auch für eher bundespolitische Probleme wie Verbrechensbekämpfung oder Verbraucherschutz.

Wählerwanderungsbilanz in Rheinland-Pfalz Stimmengewinne und –verluste im Saldo (spaltenweise)					
	SPD	CDU	FDP	Grüne	Andere
Austausch mit					
SPD	-	-27.000	-5.000	-27.000	-2.000
CDU	+27.000	-	-8.000	-4.000	+5.000
FDP	+5.000	+8.000	-	-3.000	+8.000
Grüne	+27.000	+4.000	+3.000	-	+5.000
Andere	+2.000	-5.000	-8.000	-5.000	-
Nichtwähler	-110.000	-102.000	-16.000	-20.000	-14.000
Erstwähler/Verstorbene	-13.000	-34.000	-3.000	+6.000	+3.000
Zu-/Fortgezogene	+60.000	+4.000	-2.000	+5.000	+3.000

Quelle: Infratest dimap, Wahlberichtserstattung

Lesebeispiel: Die CDU verliert im Saldo 27.000 ehemalige Unionswähler an die SPD und 5.000 an andere Parteien. Sie gewinnt dagegen 8.000 ehemalige FDP-Wähler und 4.000 ehemalige Grünen-Wähler. 102.000 ehemalige Unionswähler haben bei dieser Landtagswahl nicht gewählt.

2.2.2 Die Wahlbeteiligung.

Die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz ist um 8,7 Punkte auf 62,1 Prozent gesunken. Damit ist zwar der Rückgang der Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz im Vergleich zur Vorwahl größer als in Baden-Württemberg, in beiden Ländern ist die Wahlbeteiligung jedoch gleich groß. Damit gilt auch für Rheinland-Pfalz, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zu anderen Ländern nicht auffallend niedrig ist. Auch die Ursachen für den Rückgang der Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind ähnlich. Durch die weit verbreitete Zufriedenheit mit der Landesregierung fehlte der Anreiz zur Wahl zu gehen, da kein Richtungswechsel gewünscht wurde.

2.2.3 Sozialstrukturelle Trends des Wahlverhaltens

Die SPD hat vor allem bei jüngeren Wählern und hier insbesondere bei Frauen hinzugewinnen können. Aber auch bei den über 60-jährigen Wählern konnte sie überdurchschnittlich viele Wähler mobilisieren.

Die CDU hat in allen Altersgruppen gleichförmig Verluste zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Verluste hatte sie bei jüngeren Männern. In dieser Gruppe konnte die SPD deutlich gewinnen. Die CDU findet in Rheinland-Pfalz vor allem bei den älteren Wählern Rückhalt. In den mittleren Altersgruppen ist sie unterrepräsentiert.

Wie auch bei anderen Landtagswahlen verlieren die Grünen vor allem bei Jung- und Erstwählern. In Rheinland-Pfalz sind die Grünen in den mittleren Altersgruppen (25-44 Jahre) überrepräsentiert. Dies unterscheidet die Grünen in Rheinland-Pfalz von den Grünen in Baden-Württemberg, die auch bei den Jung- und Erstwählern überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen können.

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht 2001 und Vergleich mit 1996								
Alter von ... bis Jahren	SPD		CDU		FDP		Grüne	
	2001	01 - 96	2001	01 - 96	2001	01 - 96	2001	01 - 96
Endergebnis	44,7	+5	35,3	-3	7,8	-1	5,2	-2
	Männer und Frauen (in %)							
18 – 24	36	+7	34	-4	10	+2	8	-7
25 – 34	42	+2	28	-4	9	+3	10	-4
35 – 44	49	+4	28	-4	6	-1	10	-1
45 – 59	46	+5	35	-4	8	-3	4	+1
60 und mehr	45	+8	42	-4	8	-3	1	-1
	Männer (in %)							
18 – 24	35	+7	29	-9	14	+8	7	-6
25 – 34	40	-1	29	-3	9	+2	8	-3
35 – 44	49	+4	27	-5	6	-2	10	+0
45 – 59	47	+7	32	-7	10	-2	4	+1
60 und mehr	44	+5	40	-3	9	-2	1	-0
Männer gesamt	44	+4	33	-4	9	-0	5	-1
	Frauen (in %)							
18 – 24	37	+9	39	+1	5	-5	9	-8
25 – 34	45	+5	26	-6	8	+2	12	-5
35 – 44	49	+3	29	-4	6	-1	10	-2
45 – 59	45	+3	38	-1	7	-4	4	+0
60 und mehr	45	+9	44	-5	7	-3	1	-1
Frauen gesamt	45	+6	37	-3	7	-2	6	-3

Quelle: Infratest dimap Wahltagsbefragung (2001) und Infas Wahltagsbefragung (1996)
Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis. Abweichungen vom Endergebnis ergeben sich durch die Gewichtung.

Was in Baden-Württemberg die CDU ist, ist in Rheinland-Pfalz die SPD: die Partei der „kleinen Leute“. Durch die Veränderungen im Wahlverhalten hat sich die Sozialstruktur der SPD in Rheinland-Pfalz jedoch – im Vergleich zur Vorwahl – erheblich nivelliert. Sie konnte überdurchschnittlich viele Wähler mit einem hohen Bildungsniveau für sich gewinnen. Starke Zuwächse hat sie auch bei Auszubildenden (was auf die Schwäche der Grünen zurückgeführt werden kann) und bei Arbeitslosen zu verzeichnen.

Die CDU hat in Rheinland-Pfalz am stärksten bei den höher Gebildeten und bei Selbständigen an Unterstützung verloren. Dennoch bleibt sie bei den Selbstständigen stärkste Partei. Relativ am besten schneidet die CDU außerdem bei Rentnern, Hausfrauen und Beamten ab. Auch bei den Katholiken (trotz eines überdurchschnittlichen Rückgangs) bleibt sie stärkste Partei.

Die Verluste von FDP und Grünen weisen wenig Besonderheiten auf. Die FDP findet trotz überdurchschnittlicher Verluste bei den Selbständigen starken Rückhalt. Durch den Rückgang der Unterstützung durch Jung- und Erstwähler haben die Grünen überdurchschnittlich viele Auszubildende verloren.

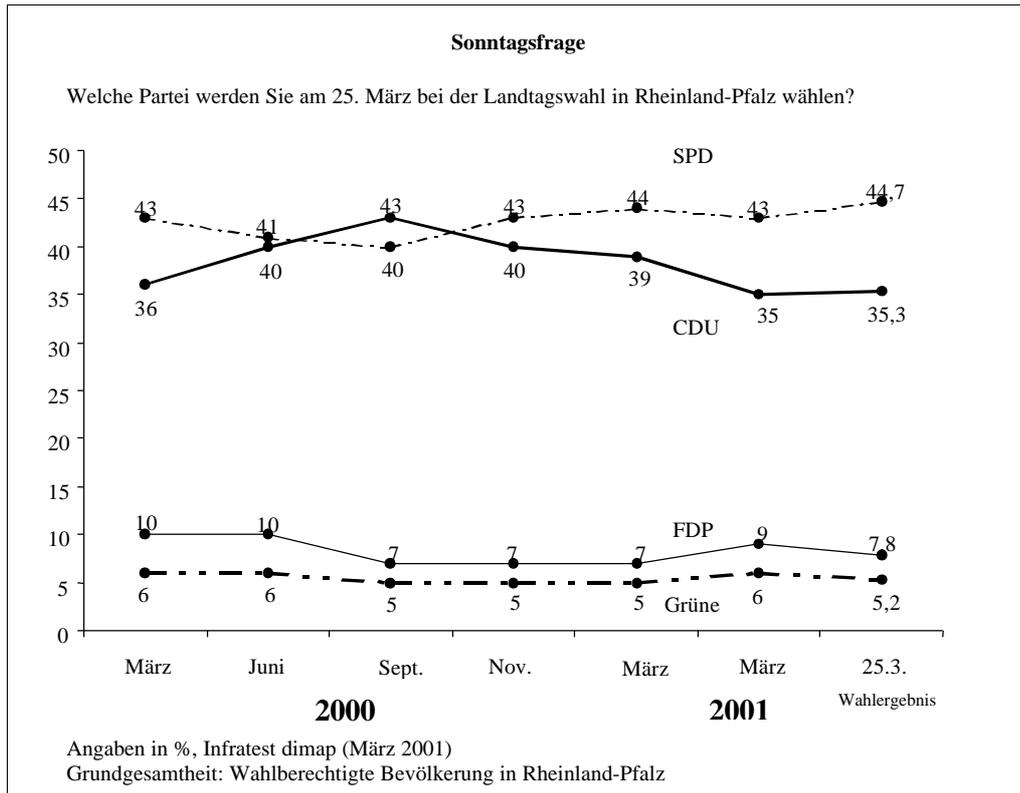
Wahlverhalten nach Bildung, Beruf, Konfession und Gewerkschaftsmitgliedschaft 2001 und Veränderung gegenüber 1996								
	SPD		CDU		FDP		Grüne	
	2001	01 - 96	2001	01 - 96	2001	01 - 96	2001	01 - 96
Endergebnis	44,7	+4,9	35,3	-3,4	+8	-1,1	5,2	-2
Schulbildung								
Hoch	38	+10	30	-7	+11	-2	12	-2
Mittel	44	+7	37	-2	+7	-2	4	-3
Niedrig	50	+2	37	-1	+6	0	2	-2
Tätigkeit								
Arbeiter	54	+3	28	-3	+6	1	3	-0
Angestellte	48	+5	29	-6	+8	-1	8	-2
Beamte	40	+3	36	-2	+7	-5	9	+2
Selbständige	28	+6	40	-9	+16	-4	9	+3
Hausfrau/-mann	46	+6	38	-4	+6	-1	5	-2
Rentner	46	+6	42	-3	+7	-3	1	-0
in Ausbildung	38	+11	33	-1	+11	1	13	-10
Arbeitslose	50	+12	31	-5	+5	1	5	-6
Gewerkschaft								
Mitglieder	60	+4	23	-2	+4	-2	5	-2
Nicht-Mitglieder	41	+6	38	-4	+9	-1	6	-2
Konfession								
Evangelisch	53	+3	26	-1	+9	-1	5	-2
Katholisch	37	+5	45	-5	+7	0	4	-2
Andere/Keine	52	+14	20	-2	+7	-6	13	-4

Quelle: Infratest dimap Wahltagsbefragung (2001) und Infas Wahltagsbefragung (1996)

Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis. Abweichungen vom Endergebnis ergeben sich durch die Gewichtung.

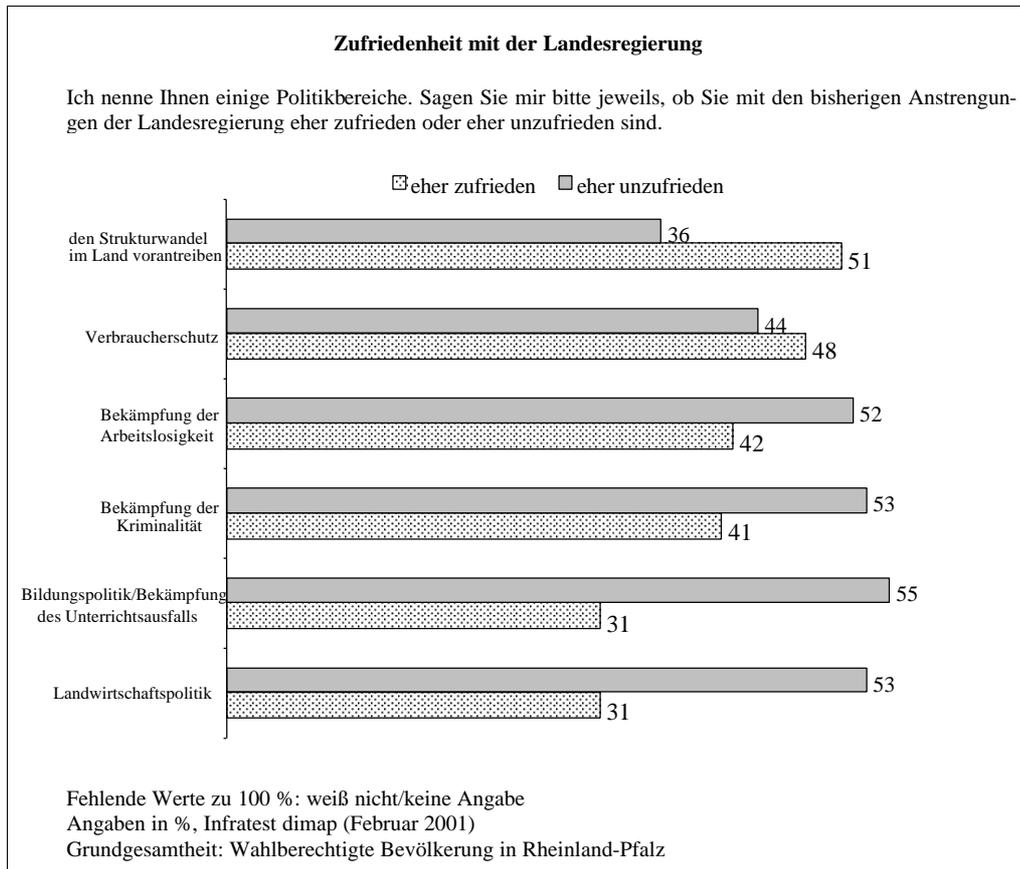
2.2.4 Das politische Klima im Vorfeld der Wahl

Der CDU ist es seit September 2000 nicht wieder gelungen in der Sonntagsfrage vor der SPD zu liegen. Während sich das Klima kontinuierlich zu Lasten der CDU verschlechterte, ist es der SPD gelungen, ihren Vorsprung bis zur Wahl auszubauen. Eng damit verbunden ist, dass kein Wunsch nach einem Regierungswechsel bestand. Nur 39 Prozent der Rheinland-Pfälzer sahen die Zeit für einen Wechsel gekommen, die Mehrheit von 55 Prozent sprachen sich für die Beibehaltung der amtierenden Landesregierung aus.



Wie schon in Baden-Württemberg, scheinen auch in Rheinland-Pfalz bundespolitische Effekte eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Nur 31 Prozent sagten im Vorfeld der Wahl, dass die Bundespolitik für ihre Wahlentscheidung eine größere Rolle spielen würde, für 50 Prozent standen landespolitische Überlegungen im Vordergrund.

In Rheinland-Pfalz zeigte sich nur eine Minderheit mit den Leistungen der Landesregierung unzufrieden. Von einem kurzen Einbruch im September 2000 einmal abgesehen, waren etwa zwei Drittel der Rheinland-Pfälzer mit der Landesregierung zufrieden. Unmittelbar vor der Wahl konnte die Regierung zudem auf wachsende Zufriedenheiten setzen. Die Zufriedenheit mit der Landesregierung war indes nicht auf die eigenen Anhängerschaften begrenzt. Auch innerhalb der Anhängerschaft der CDU waren im unmittelbaren Vorfeld der Wahl noch 42 Prozent der CDU-Anhänger mit der SPD/FDP-Koalition zufrieden. Da auch innerhalb der SPD-Anhängerschaft eine fast einhellige Zufriedenheit bestand, konnte es der CDU nicht gelingen, verdrossene Wähler aus dem Regierungslager für eine Stimmabgabe zugunsten der CDU zu motivieren. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Einstellungen in Rheinland-Pfalz überwiegend positiv waren. Eine Mehrheit von 57 Prozent der Rheinland-Pfälzer (dar-



Aufgrund der überwiegend positiven Bewertung der Landesregierung bestand in Rheinland-Pfalz auch kein Wechselklima. Im unmittelbaren Vorfeld der Wahl (März 2001) sprachen sich nur 30 Prozent der Rheinland-Pfälzer für einen Regierungswechsel aus; eine Mehrheit von 55 Prozent votierte für die Beibehaltung der amtierenden Landesregierung. Dies korrespondiert mit der Erwartung, ob eine CDU-geführte Landesregierung die Probleme besser lösen könnte. 48 Prozent der Rheinland-Pfälzer trauten der CDU nicht zu, eine bessere Politik zu betreiben, nur jeder vierte Bürger glaubte, dass die CDU dazu in der Lage sei.

Dementsprechend fand die sozialliberale Koalition auch den größten Zuspruch als Wunschkoalition nach der Neuwahl. Etwa ein Drittel votierte für sozialliberal. Alle anderen Möglichkeiten der Regierungsbildung fanden kaum Zuspruch.

Zusammensetzung der Regierung

Welche Zusammensetzung der Landesregierung wäre Ihnen persönlich am liebsten? Welche Partei bzw. Parteien sollten die Regierung bilden?

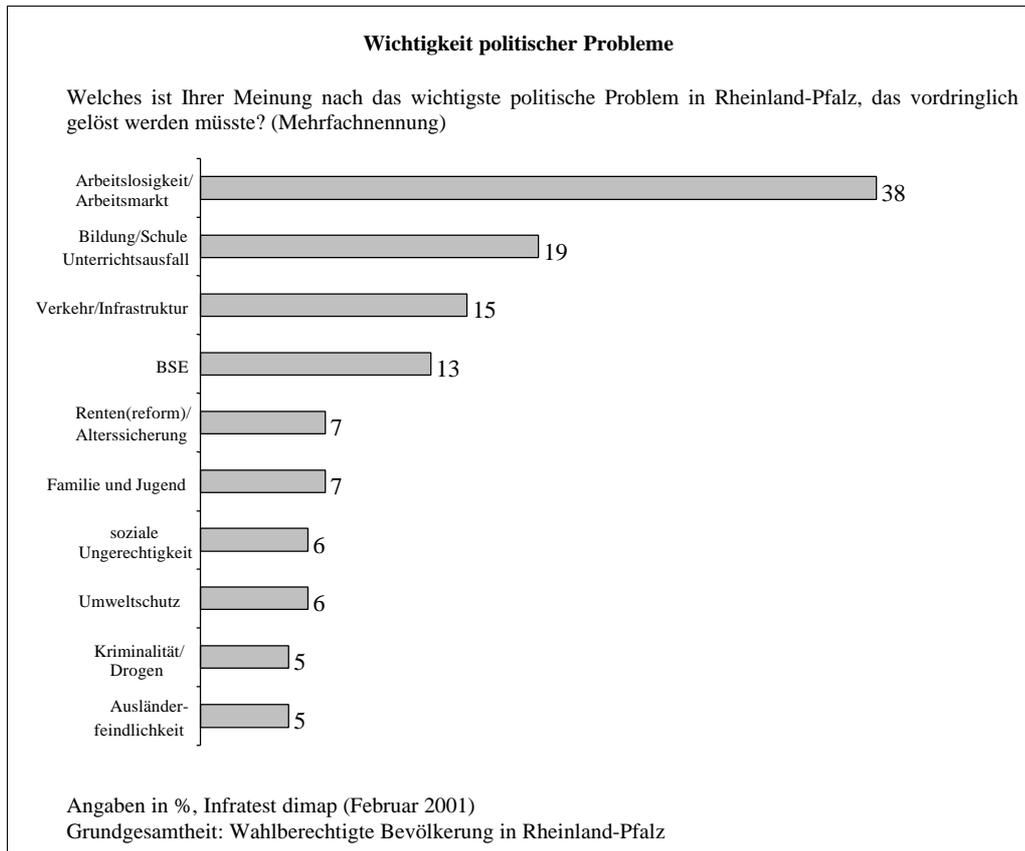
	Juni 2000	Februar 2001	März 2001
SPD und FDP	23	30	32
CDU und FDP	15	16	13
SPD und Grüne	12	11	11
SPD-Alleinregierung	11	8	7
CDU-Alleinregierung	10	8	6
SPD und CDU	8	6	5
andere Koalition	2	7	4
weiß nicht	12	12	18
keine Angabe	3	2	4

Angaben in %, Infratest dimap (März 2001)

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Rheinland-Pfalz

2.2.5 Die politischen Lösungskompetenzen

Auch in Rheinland-Pfalz ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das wichtigste Thema im Wahlkampf, dicht gefolgt von dem landespolitischen Thema der Bildungspolitik und den Fragen des Verkehrs und der Infrastruktur.



Die SPD führte in allen Problemlösungskompetenzen vor der CDU. Zwar bestanden mit den konkreten Leistungen der Landesregierung Unzufriedenheit (wie oben dargestellt), jedoch ist es der SPD trotzdem gelungen, die Kompetenzführerschaft bei allen Themen inne zu halten.

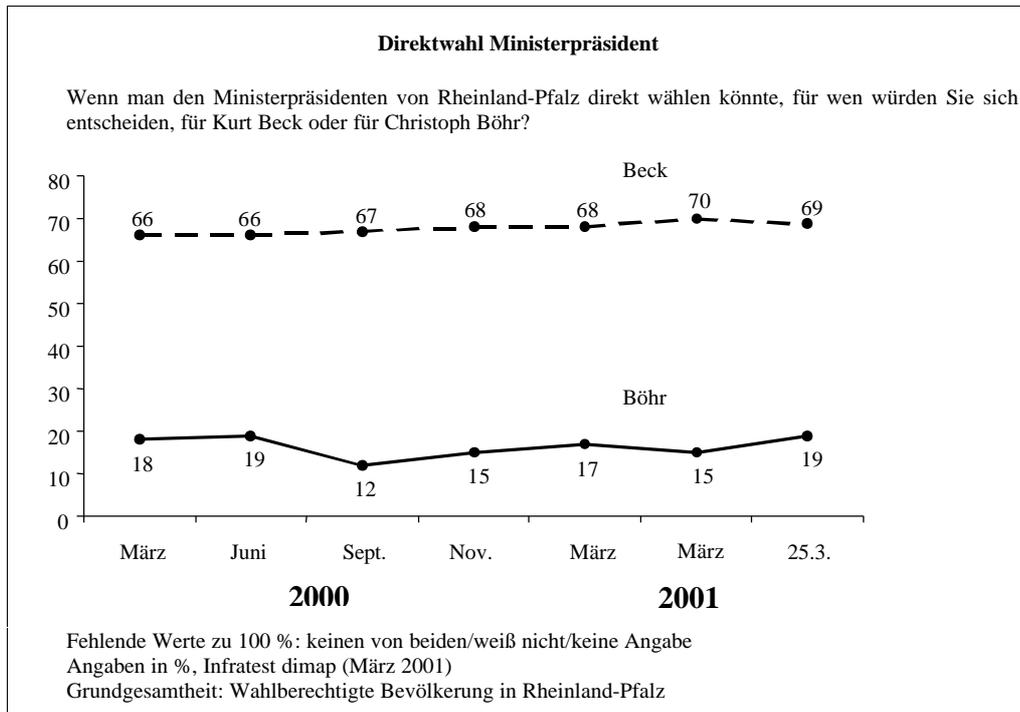
Parteikompetenz

Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Rheinland-Pfalz Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.

	SPD	CDU	Differenz SPD/CDU	Grüne	FDP	Keiner Partei
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	43	26	-17	1	4	10
eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	37	31	-6	3	3	7
für wirksamen Verbraucherschutz sorgen	29	17	-12	20	3	9
den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz sichern	38	32	-6	1	6	6
den Strukturwandel vorantreiben	37	24	-13	4	5	8
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46	19	-27	4	3	11
eine gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben	38	23	-15	8	3	9
Kriminalität und Verbrechen in Rheinland-Pfalz bekämpfen	34	33	-1	-	2	9
die Zukunftsprobleme in Rheinland-Pfalz lösen	38	24	-14	4	2	11
Fehlende Werte zu 100 %: sonstige Partei/weiß nicht/keine Angabe			Kompetenteste Partei fett gedruckt			
Angaben in %, Infratest dimap (Februar 2001)						
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Rheinland-Pfalz						

2.2.6 Die Bewertung der Spitzenkandidaten

Ministerpräsident Kurt Beck genoss innerhalb der Bevölkerung großes Ansehen, das weit über die eigene Anhängerschaft hinausreichte. Unmittelbar vor der Wahl wären 70 Prozent der Rheinland-Pfälzer bereit gewesen, ihn zu wählen. Der Herausforderer der CDU, Christoph Böhr, konnte seine Popularität hingegen nicht steigern. Das positive Image Becks strahlte auch in die Anhängerschaft der CDU hinein. Unmittelbar vor der Wahl bestand zwischen Beck und Böhr innerhalb der CDU-Anhängerschaft etwa eine Pattsituation (43 Prozent: Beck; 44 Prozent: Böhr).



Die Bedeutung der Kandidaten für den Wahlausgang unterschied sich in Rheinland-Pfalz von Baden-Württemberg. Während in Baden-Württemberg eindeutig die Themen wahlentscheidend wirkten, sind in Rheinland-Pfalz in den unterschiedlichen Wählergruppen auch verschiedene Motivlagen erkennbar. Die SPD hat ihr gutes Abschneiden stark dem Ministerpräsidenten Kurt Beck zu verdanken. Für die CDU-Wähler war die langfristige Parteibindung entscheidend, gefolgt von den Lösungsvorschlägen der CDU zu Sachfragen. Der Spitzenkandidat war für die Wahlentscheidung der CDU-Wähler nur von nachgeordneter Bedeutung. Die kleineren Parteien wurden in erster Linie aufgrund ihrer thematischen Orientierungen gewählt.

Dies zeigt, dass der tatsächliche Einfluss von Spitzenkandidaten auf das Wahlergebnis nicht nur von Wahl zu Wahl sondern auch innerhalb der unterschiedlichen Anhängerschaften schwankt. Bisher ist es noch keiner empirischen Studie gelungen, den Einfluss der Spitzenkandidaten auf das Wahlergebnis exakt zu ermitteln. Sympathiewerte für Spitzenpolitiker sind nicht allein ausschlaggebend für das Abschneiden der Parteien. Z.B. wurde auch 1999 in Brandenburg die größere Sympathie für Stolpe (70 Prozent sprachen sich für Stolpe als Ministerpräsident aus und nur 22 Prozent für Schönbohm) nicht wahlentscheidend. Die SPD verlor 14,8 Punkte und die CDU legte um 7,8 Punkte zu. Auch die Landtagswahlen in Hessen und dem Saarland wurden zugunsten der CDU entschieden, obwohl beide Herausforderer

(Koch/Eichel und Müller/Klimmt s. Anhang) in den Sympathiewerten deutlich hinter den Amtsinhabern lagen. In der Debatte um die Rolle von Spitzenkandidaten wird die Bedeutung der Sachthemen und der den Parteien zugesprochenen Kompetenzen häufig unterbewertet. Es werden in erster Linie Parteien und nicht Personen gewählt.

Aufgrund der nachgeordneten Bedeutung des Spitzenkandidaten der CDU für die Wahlscheidung der CDU-Wähler kann nicht geschlossen werden, dass das schlechte Abschneiden der CDU auf den Spitzenkandidaten zurückzuführen ist. Böhr, der noch mit Bekanntheitsproblemen zu kämpfen hat (66 Prozent der Rheinland-Pfälzer kannten ihn, Beck war 95 Prozent bekannt), hätte auch mit einer Populismus-Kampagne die hohe Wertschätzung von Beck nicht verändern können. Insgesamt ist es ratsam auf eigene Stärken zu setzen. Eine Kopie des Modells Beck wäre sicherlich zum Scheitern verurteilt gewesen. Das Wahlkampfmodell Böhrs, das auf einem intellektuellen, rationalen und argumentativen Stil aufbaute, ist zudem ein Modell, dessen Verankerung in den Köpfen der Wähler einen wesentlich längeren Zeitraum beansprucht, als ein kurzfristig populistisches. Im Vergleich zu den Wahlergebnissen in anderen Ländern zeigt sich, dass Kandidaten, die in der Profilierung ein Gegenmodell zu dem Image des Gegenkandidaten aufbauten, durchaus erfolgreich sein können. Somit sind aufgrund des Wahlergebnisses in Rheinland-Pfalz keine Prognosen über die zukünftigen Chancen im Wählerwettbewerb möglich.

3. Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse in Baden-Württemberg

3.1 Das Wahlergebnis

Das Wählervotum vom 25. März 2001 bestätigte den Fortbestand der CDU-FDP-Regierungskoalition und sorgte gleichzeitig für eine stabile bürgerliche Mehrheit. Ein polarisierender Wahlkampf hat den beiden Volksparteien deutliche Stimmengewinne eingebracht und die kleinen Parteien geschwächt. Alle kleinen Parteien mussten sich mit geringeren Stimmenanteilen zufrieden geben als 1996. Bei den Grünen steht dies im Einklang mit einem länger zu beobachtenden Trend, während die FDP zwischen CDU und SPD zerrieben wurde. Die Republikaner scheiterten nach neun Jahren Landtagszugehörigkeit an der Sperrklausel, da diesmal die Anlässe für eine Denkmittelwahl fehlten und das Wählerpotential der REP folglich auf ihren harten Kern beschränkt blieb.

Die **CDU** ist der klare Gewinner der Wahl. Mit einem Stimmenanteil von 44,8 Prozent (= ca. 2,030 Mio. Wähler) erzielte sie trotz der gesunkenen Wahlbeteiligung ein Plus von 3,5 Prozentpunkten (+55 Tsd. Stimmen). Obgleich sich ihr Vorsprung vor der SPD gegenüber der Landtagswahl 1996 verringert hat, ist die CDU auch bei dieser Wahl allein deutlich stärker als das rot-grüne Lager zusammen (41,0 Prozent). Die Mandatszahl liegt künftig bei 63 von 128 Sitzen (-6 Mandate). (Aufgrund der geringeren Anzahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten hat sich die Zahl der Sitze von 155 auf 128 verringert.) Die CDU gewann alle ihre Mandate direkt (Erstmandat). Die Christdemokraten haben mit diesem Ergebnis nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze verfehlt und sind damit weiterhin auf einen Koalitionspartner angewiesen.

Die **FDP** erzielte einen Stimmenanteil von 8,1 Prozent (= 368 Tsd.). Gegenüber der Vorwahl büßte sie 1,5 Prozentpunkte (= 91 Tsd. Stimmen) ein. Damit wurde das Wahlziel, ein zweistelliges Ergebnis zu erreichen deutlich verfehlt, allerdings gelang es ihr, vor den Grünen drittstärkste politische Kraft im baden-württembergischen Landtag (+0,4 Prozentpunkte) zu werden. Künftig wird sie mit 10 Sitzen im Landtag vertreten sein (-4 Mandate).

Der Anteil von Wählern der **CDU/FDP-Koalition** ist bei dieser Wahl um zwei Prozentpunkte angestiegen. CDU und FDP kommen zusammen auf 52,9 Prozent der Stimmen. 1996 betrug ihr gemeinsamer Stimmenanteil 50,9 Prozent. Sie halten 73 von 128 Mandaten. SPD und B'90/Grüne dagegen erreichten 41,0 Prozent und 55 Mandate. Damit hat die künftige christlich-liberale Regierung eine komfortable Mehrheit von 18 Mandaten.

Die **SPD** konnte nach mehreren Landtagswahlen mit Verlusten (seit 1976) ihren Abwärtstrend stoppen und deutlich an Stimmen zulegen. Mit einem Plus von 8,2 Prozentpunkten (=309 Tsd.

Stimmen) hat sie die größten Gewinne zu verbuchen. Ihr Anteil von 33,3 Prozent (= 1,508 Mio. Wähler) ist das viertbeste Ergebnis der Landespartei in der Nachkriegsgeschichte. Die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben damit ihr Wahlziel, deutlich über 30 Prozent zu erzielen, erreicht und zählen damit mit zu den Gewinnern dieser Wahl. Im Landtag ist die SPD künftig mit 45 Abgeordneten repräsentiert. 7 Mandate erzielte sie als Direkt- oder Erstmandat (Stuttgart I, Stuttgart IV, Karlsruhe I, Karlsruhe II, Mannheim I, Freiburg II, Lörrach), 38 sind Zweitmandate.

Bündnis 90/Die Grünen gelang es nicht, von der Regierungsbeteiligung in Berlin zu profitieren. Die Serie der seit 1999 zu beobachtenden Verluste bei den Grünen setzte sich auch in Baden-Württemberg fort. Sie verloren 4,4 Prozentpunkte (= 230 Tsd. Stimmen) und mussten mit 7,7 Prozent (= 351 Tsd. Stimmen) ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg hinnehmen. Im Vergleich zur Landtagswahl 1996 verloren sie damit mehr als ein Drittel (40 Prozent) ihres Stimmenanteils. Mit diesem Ergebnis haben die Grünen auch ihre Position als drittstärkste Partei im Lande knapp an die FDP verloren. Sie werden mit 10 Abgeordneten im neuen Landtag vertreten sein (-9 Mandate). Insgesamt hat das rot-grüne Lager trotz der Zugewinne der SPD nur 4 Prozentpunkte zugelegt.

Die **REP** sind mit einem Stimmenanteil von 4,4 Prozent (=198 Tsd.) klar an der Sperrklausel gescheitert, sodass ihnen nach neun Jahren Landtagszugehörigkeit der Einzug in das Stuttgarter Landesparlament bei dieser Wahl verwehrt bleibt. Im Vergleich zur Landtagswahl 1996 haben sie 4,7 Prozentpunkte (= 239 Tsd. Stimmen) eingebüßt und damit über die Hälfte ihres Stimmenanteils im Vergleich zur Landtagswahl 1996 (9,1 Prozent) verloren. Die Republikaner sind die größten Verlierer der Wahl.

Die **sonstigen Parteien** konnten diesmal nur 1,7 Prozent der Stimmen (= 76 Tsd.) auf sich vereinen. Damit haben sie 1,1 Prozentpunkte weniger (= 58 Tsd. Stimmen) erhalten als bei der Landtagswahl 1996. Wie 1996 erreichte die Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) den höchsten Stimmenanteil unter den sonstigen Parteien. Mit einem Anteil von 0,7 Prozent verlor sie jedoch über die Hälfte ihrer Wähler. Danach folgt die Partei Bibeltreuer Christen mit 0,5 Prozent. Die NPD erhielt lediglich 0,2 Prozent der Stimmen. Die PDS trat bei der Landtagswahl nicht an.

Die **Wahlbeteiligung** sank um 5 Prozentpunkte auf 62,6 Prozent und erreichte damit den zweitniedrigsten Stand bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Damit folgte diese Landtagswahl auch dem seit längerem zu beobachtenden Trend der steigenden Wahlhaltung. Ein Vergleich mit der Landtagswahl 1996 macht deutlich, dass die Wahlbeteiligung in allen 70 Wahlkreisen zurückgegangen ist. Die höchsten Verluste sind in den Wahlkreisen zu beobachten, die bereits eine niedrige Wahlbeteiligung aufwiesen. Regional befinden sich die

Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung zu großen Teilen in Württemberg. Demgegenüber liegen die Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlteilnahme überwiegend in Baden.

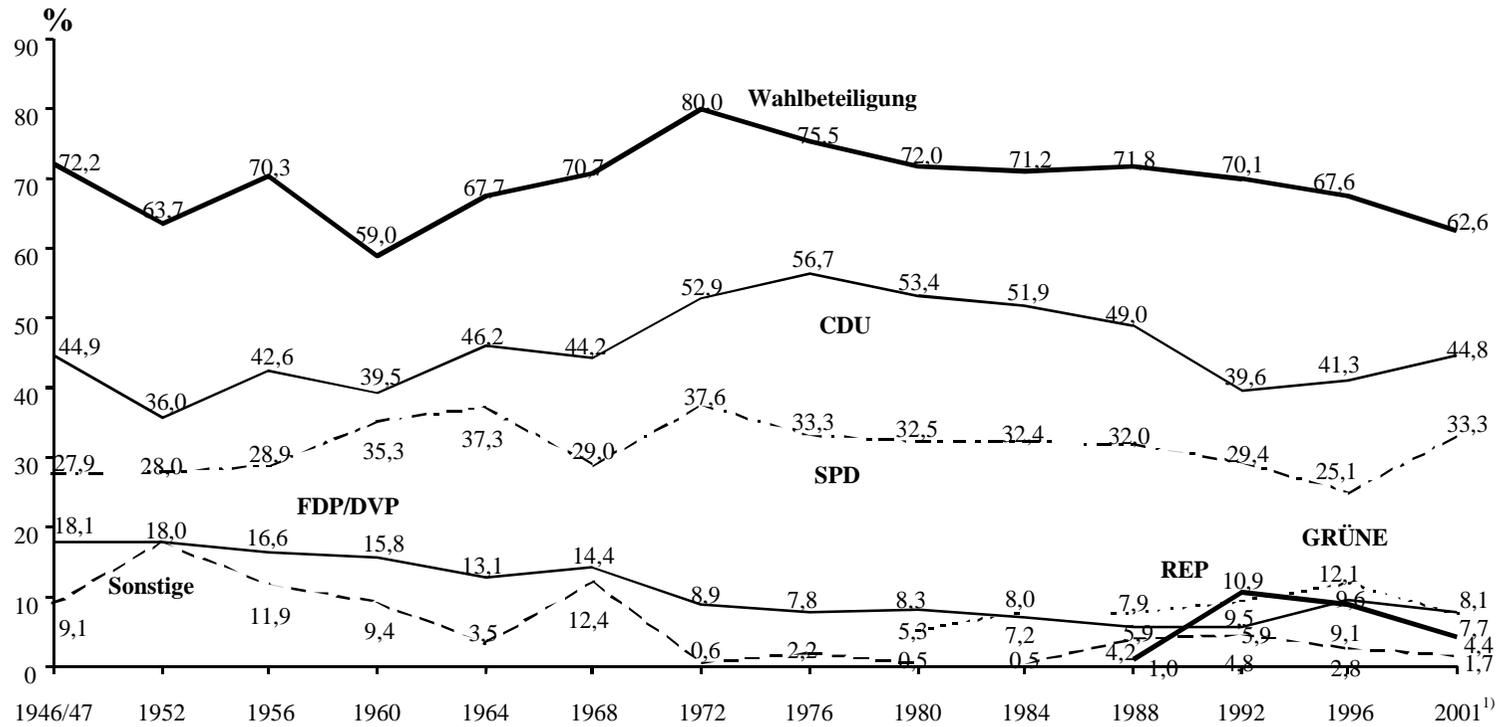
Vergleich der Landtagswahlergebnisse 2001- 1996 in Baden-Württemberg¹⁾

	2001		1996		Veränderung 2001-1996	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	7.316.876		7.189.906		126.970	
Wähler	4.577.705	62,6	4.859.305	67,6	-281.600	-5,0
Gültige Stimmen	4.530.895	99,0	4.784.129	98,5	-253.234	0,5
CDU	2.029.948	44,8	1.974.619	41,3	55.329	3,5
SPD	1.508.341	33,3	1.199.123	25,1	309.218	8,2
GRÜNE	350.549	7,7	580.801	12,1	-230.252	-4,4
FDP/DVP	367.556	8,1	458.784	9,6	-90.922	-1,5
REP	198.425	4,4	437.228	9,1	-238.803	-4,7
BüSo	579	0,0	551	0,0	28	0,0
CM	445	0,0	1.146	0,0	-701	0,0
CATS	177	0,0			177	0,0
DKP	1.164	0,0	1.794	0,0	-630	0,0
GRAUE	667	0,0	12.171	0,3	-11.504	-0,3
FAMILIE	437	0,0			437	0,0
Die Tierschutzpartei	8.985	0,2	10.512	0,2	-1.527	0,0
NPD	7.656	0,2			7.656	0,2
ödp	32.543	0,7	69.775	1,5	-37.232	-0,8
PBC	20.412	0,5	23.250	0,5	-2.838	0,0
RSB	142	0,0			142	0,0
NATURGESETZ			6.184	0,1	-6.184	-0,1
APD			571	0,0	-571	0,0
DPD			440	0,0	-440	0,0
BGD			416	0,0	-416	0,0
CPD			310	0,0	-310	0,0
NICHTWÄHLER			1.863	0,0	-1.863	0,0
Einzelbewerber	2.869	0,1	4.897	0,1	-2.028	0,0

¹⁾ 2001 = vorläufiges Ergebnis

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
FDP/DVU	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
REP	DIE REPUBLIKANER
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
CM	Christliche Mitte - Für ein Deutschland nach Gottes Geboten
CATS	Creative Alternative Tierhaltung Stuttgart
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
Graue	DIE GRAUEN - Graue Panther
FAMILIE	Familien-Partei Deutschlands
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
RSB	Revolutionär Sozialistischer Bund/Vierte Internationale
NATURGESETZ	DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
DPD	DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
BGD	Bund für Gesamtdeutschland Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft DIE NEUE DEUTSCHE MITTE
CPD	Christliche Partei Deutschlands
NICHTWÄHLER	Die Partei der Nichtwähler

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg



1) Vorläufiges Endergebnis

Landtagswahlen in Baden-Württemberg

(% bzw. %-Punkte)

Veränderungen gegenüber der Vorwahl

	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE	REP	Sonst.	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE	REP	Sonst.
1946/47 ¹⁾	72,2	44,9	27,9	18,1	-	-	9,1 ²⁾	-	-	-	-	-	-	-
1952	63,7	36,0	28,0	18,0	-	-	18,0 ³⁾	-8,5	-8,9	0,1	-0,1	-	-	8,9
1956	70,3	42,6	28,9	16,6	-	-	11,9 ⁴⁾	6,6	6,6	0,9	-1,4	-	-	-6,1
1960	59,0	39,5	35,3	15,8	-	-	9,4 ⁵⁾	-11,3	-3,1	6,4	-0,8	-	-	-2,5
1964	67,7	46,2	37,3	13,1	-	-	3,5	8,7	6,7	2,0	-2,7	-	-	-5,9
1968	70,7	44,2	29,0	14,4	-	-	12,4 ⁶⁾	3,0	-2,0	-8,3	1,3	-	-	8,9
1972	80,0	52,9	37,6	8,9	-	-	0,6	9,3	8,7	8,6	-5,5	-	-	-11,8
1976	75,5	56,7	33,3	7,8	-	-	2,2	-4,5	3,8	-4,3	-1,1	-	-	1,6
1980	72,0	53,4	32,5	8,3	5,3	-	0,5	-3,5	-3,3	-0,8	0,5	5,3	-	-1,7
1984	71,2	51,9	32,4	7,2	8,0	-	0,5	-0,8	-1,5	-0,1	-1,1	2,7	-	0,0
1988	71,8	49,0	32,0	5,9	7,9	1,0	4,2	0,6	-2,9	-0,4	-1,3	-0,1	1,0	3,7
1992	70,1	39,6	29,4	5,9	9,5	10,9	4,8	-1,7	-9,4	-2,6	0,0	1,6	9,9	0,6
1996	67,6	41,3	25,1	9,6	12,1	9,1	2,8	-2,5	1,7	-4,3	3,7	2,6	-1,8	-2,0
2001	62,6	44,8	33,3	8,1	7,7	4,4	1,7	-5,0	3,5	8,2	-1,5	-4,4	-4,7	-1,1

2001 = vorläufiges Ergebnis

- 1) Summe der Landtagswahlen aus den ehemaligen Ländern Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern
- 2) Kommunistische Partei Deutschlands
- 3) Darunter: 6,3 % Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten und 4,4 % Kommunistische Partei Deutschlands
- 4) Darunter: 6,3 % Gesamtdeutscher Block/BHE
- 5) Darunter: 6,6 % Gesamtdeutscher Block/BHE
- 6) Darunter: 9,8 % Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Sitzverteilung in Baden-Württemberg							
	CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE	REP	Sonstige	Sitze insg.
1952 ¹⁾	50	38	23	-	-	10 ²⁾	121
1956	56	36	21	-	-	7 ³⁾	120
1960	52	44	18	-	-	7 ³⁾	121
1964	59	47	14	-	-	-	120
1968	60	37	18	-	-	12	127
1972	65	45	10	-	-	-	120
1976	71	41	9	-	-	-	121
1980	68	40	10	6	-	-	124
1984	68	41	8	9	-	-	126
1988	66	42	7	10	-	-	125
1992	64	46	8	13	15	-	146
1996	69	39	14	19	14	-	155
2001	63	45	10	10	-	-	128

2001 = Vorläufiges Endergebnis

- 1) Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung
- 2) Davon: 6 Sitze Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, 4 Sitze Kommunistische Partei Deutschlands
- 3) Gesamtdeutscher Block/BHE

3.2 Ergebnisse der Wahlkreisanalyse :

Wahlbeteiligung, Hochburgen, Gewinne und Verluste der Parteien

Die eigentlichen Bewegungen dieser Wahl haben nicht zwischen den beiden großen Parteien stattgefunden, sondern in der Hauptsache von den kleinen Parteien zu den beiden großen Parteien bzw. in die Wahlenthaltung. Zum einen hat die SPD vor allem vom Formtief der Grünen profitiert. Zum anderen haben die FDP und die Republikaner durch die Polarisierung zwischen CDU und SPD an beide Volksparteien Wähler abgegeben.

Von den 70 Wahlkreisen in Baden-Württemberg wiesen 35 eine überdurchschnittliche **Wahlbeteiligung** auf, in 32 lag sie unter dem Landesdurchschnitt. Die Wahlkreise mit hoher Wahlbeteiligung liegen fast ausnahmslos in Württemberg. Die Wahlkreise mit den höchsten Beteiligungsraten sind Stuttgart II (71,0 Prozent), Vaihingen (69,5 Prozent), Nürtingen (67,7 Prozent) sowie Leonberg, Esslingen und Kirchheim (jeweils 67,5 Prozent). Die Wahlkreise mit der höchsten Wahlabstinz liegen dagegen fast alle in Baden. Bei den Wahlkreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung handelt es sich um Mannheim I (49,3 Prozent), Karlsruhe II (55,3 Prozent), Mannheim II (56,3 Prozent), Kehl (56,8 Prozent), Freiburg II (57,0 Prozent), Lörrach (57,1 Prozent), Rastatt (57,7 Prozent), Singen (57,9 Prozent) sowie Offenburg und Waldshut (jeweils 58,0 Prozent). In Bretten, Rottweil und Neckarsulm entspricht die Wahlbeteiligung dem Landesdurchschnitt.

Im Vergleich zur Landtagswahl 1996 ist in allen Wahlkreisen eine höhere Wahlenthaltung zu beobachten. Die höchsten Verluste sind in den Wahlkreisen Heilbronn (-8,6 Prozentpunkte), Rastatt (-8,5 Prozentpunkte) und Bruchsal (-8,2 Prozentpunkte). Am wenigsten abgenommen hat die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen Bodensee (-0,9 Prozentpunkte), Konstanz (-2,5 Prozentpunkte), Wangen (-2,9 Prozentpunkte) und Ravensburg (-3,0 Prozentpunkte).

Die **CDU** gewann in 67 Wahlkreisen Stimmen hinzu. Es gelang ihr damit sowohl ihre Hochburgen auszubauen als auch ihre Position in „Diasporagebieten“ zu stärken. Die stärksten Zuwächse verbucht die Union dabei in den Wahlkreisen Hohenlohe (+9,0 Prozentpunkte), Backnang (+8,2 Prozentpunkte) und Enz (+7,5 Prozentpunkte). Die schwächsten Zugewinne entfielen auf Karlsruhe II (+0,2 Prozentpunkte), Freiburg II und Stuttgart I (jeweils +0,3 Prozentpunkte). In den Wahlkreisen Konstanz (-1,1 Punkte), Ettlingen (-0,4 Punkte) und Main-Tauber (-0,1 Punkte) hat sie geringe Stimmenverluste zu verzeichnen.

Den größten Zuspruch erhielt die baden-württembergische CDU in den Wahlkreisen Biberach (57,2 Prozent), Sigmaringen (55,4 Prozent) sowie in Kehl, Wangen und Villingen-Schwenningen (jeweils 54,7 Prozent). Weitere Hochburgen der Union sind die Wahlkreise

Neckar-Odenwald (54,2 Prozent), Ehingen (53,5 Prozent), Tuttlingen-Donaueschingen (53,3 Prozent), Ravensburg (52,9 Prozent) und Bruchsal (52,8 Prozent).

Bei den Wahlkreisen mit den niedrigsten Unionsanteilen handelt es sich um Freiburg II (30,8 Prozent), Schwäbisch Hall (31,4 Prozent), Stuttgart I (32,2 Prozent), Mannheim I und Heidelberg (jeweils 37 Prozent), Lörrach (37,3 Prozent), Stuttgart IV (37,4 Prozent), Karlsruhe I (37,4 Prozent), Karlsruhe II (38,3 Prozent) und Tübingen (38,3 Prozent). In allen diesen Wahlkreisen liegen auch die Zugewinne deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Die **SPD** hat in allen 70 Wahlkreisen Stimmengewinne zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Zugewinne der SPD fallen mit wenigen Ausnahmen (Main-Tauber, Schorndorf, Freiburg II, Sigmaringen, Stuttgart III) mit über dem Landesdurchschnitt liegenden Verlusten der Grünen zusammen.

Die stärksten Zugewinne erzielten die Sozialdemokraten dabei in Pforzheim (+13,5 Prozentpunkte), in dem ihre Spitzenkandidatin Ute Vogt angetreten war. Zweistellige Zuwächse erzielte die SPD des weiteren in Ludwigsburg (+9,9 Punkte), Göppingen (+10,0 Punkte), Konstanz (+10,0 Punkte), Böblingen (+10,2 Punkte), Stuttgart (Stuttgart I: +11,4 Punkte; Stuttgart II: +10,2 Punkte), Waiblingen (+10,3 Punkte), Reutlingen (+10,8 Punkte), Karlsruhe (Karlsruhe I: +10,9 Punkte; Karlsruhe II: +11,2 Punkte), Enz (+11,5 Punkte) und Bietigheim-Bissingen (+12,0 Punkte). Diese gehen mit Ausnahme von Konstanz mit überdurchschnittlichen Verlusten der Grünen einher. Am schwächsten fielen die Zugewinne in den Wahlkreisen Aalen (+1,5 Punkte), Heilbronn (+2,5 Punkte) und Freudenstadt (+3,7 Punkte) aus.

Das mit Abstand beste Ergebnis erzielte die SPD – wie bereits bei der Landtagswahl 1996 – im Wahlkreis Mannheim I (47,7 Prozent), gefolgt von Lörrach (41,6 Prozent). Dies waren die beiden einzigen Wahlkreise, in denen die SPD mehr als 40 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte. Neben dem Wahlkreis Heidenheim (39,4 Prozent) hatte die SPD mit den Wahlkreisen Mannheim II (39,9 Prozent), Karlsruhe II (39,5 Prozent), Schwetzingen (38,6 Prozent), Karlsruhe I (38,1 Prozent), Göppingen und Esslingen (jeweils 38 Prozent) ihre Hochburgen im nordbadischen und nordwürttembergischen Raum.

Bei den Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokraten am schlechtesten abschnitten, handelt es sich mehrheitlich um traditionelle Hochburgen der CDU. Hervorzuheben sind vor allem der Wahlkreis Biberach (21,1 Prozent) und die ebenfalls im Regierungsbezirk Tübingen liegenden Wahlkreise Wangen (25,2 Prozent), Ravensburg (25,6 Prozent), Sigmaringen (26,1 Prozent), Ehingen (26,9 Prozent) und Hechingen-Münsingen (27,1 Prozent). Daneben zählten die Wahlkreise Freudenstadt (26,0 Prozent) und Hohenlohe (27,4 Prozent) sowie die

südbadischen Wahlkreise Rottweil (26,6 Prozent), Tuttlingen-Donaueschingen (26,7 Prozent) und Villingen-Schwenningen (27,3 Prozent) zu den Wahlkreisen mit den niedrigsten SPD-Ergebnissen.

Die **FDP** hat lediglich in 8 der 70 Wahlkreise Stimmengewinne erzielt. Die Spanne der Gewinne und Verluste lag zwischen +3,4 und -4,4 Prozentpunkten. Am höchsten waren die Zugewinne im Wahlkreis Schwäbisch Hall, in dem der Landesvorsitzende der FDP, Dr. Walter Döring kandidierte (+3,4 Prozentpunkte). Hier erzielte sie auch ihr bestes Ergebnis (23,1 Prozent).

Daneben konzentrieren sich die Hochburgen vor allem auf die Region Stuttgart (Schorndorf: 13,7 Prozent; Waiblingen: 11,5 Prozent; Stuttgart II: 10,6 Prozent; Backnang: 10,4 Prozent). Weitere Hochburgen der Liberalen waren die Wahlkreise Hechingen-Münsingen (14,8 Prozent), Freudenstadt (12,8 Prozent), Calw (11,2 Prozent) und Eppingen (10,4 Prozent).

Die höchsten Verluste verzeichneten die Liberalen in den Wahlkreisen Stuttgart II (-4,3 Prozentpunkte), Weinheim (-3,8 Prozentpunkte), Enz (-3,7 Prozentpunkte) und Waiblingen (-3,3 Prozentpunkte).

Die Landtagswahlkreise, in denen die FDP die geringsten Stimmenanteile erreichte, befinden sich überwiegend in Baden. Im einzelnen waren dies die Wahlkreise Mannheim I (4,1 Prozent), Rastatt (4,3 Prozent), Neckar-Odenwald (4,6 Prozent), Bruchsal (4,8 Prozent). Unter fünf Prozent blieben sie des weiteren in den Wahlkreisen Offenburg (4,9 Prozent) und Wangen (4,6 Prozent). Mit Ausnahme des Wahlkreises Mannheim I handelt es sich hier um Hochburgen der CDU.

Die Verluste von **Bündnis 90/Die Grünen** erstrecken sich flächendeckend auf alle Wahlkreise. Ihre Stimmenverluste reichen dabei von moderaten -0,9 Prozentpunkten (Aalen) bis zu -6,9 Prozentpunkten (Bietigheim-Bissingen). Verluste und Ergebnisse fallen dabei regional sehr unterschiedlich aus. Über dem Landesdurchschnitt liegende Verluste verbuchten Bündnis 90/Die Grünen schwerpunktmäßig im Regierungsbezirk Stuttgart. In 17 der 26 Wahlkreise des Regierungsbezirks liegen die Rückgänge höher als im Landesdurchschnitt. Im Regierungsbezirk Karlsruhe konzentrieren sich die Verluste schwerpunktmäßig auf den nördlichen Bereich. Hier treten in Baden-Baden: -6,3 Prozent, Karlsruhe (I,II): -6,1 Prozent, Sinsheim: -6,0 Prozent, Pforzheim: -5,7 Prozent, Heidelberg: -5,4 Prozent und in Wiesloch: -5,2 Prozent die größten Verluste auf. Im Regierungsbezirk Freiburg weisen die Wahlkreise Freiburg I: -5,7 Prozent; Emmendingen: -5,6 Prozent und Breisgau: -5,1 Prozent und im Regierungsbezirk Tübingen die Wahlkreise Reutlingen: -5,5 Prozent, Bodensee: -5,4 Prozent und Ulm: -5,2 Prozent überdurchschnittliche Stimmenverluste auf. Auffällig ist dabei, dass

Prozent überdurchschnittliche Stimmenverluste auf. Auffällig ist dabei, dass überproportionale Stimmenverluste der Grünen von überdurchschnittlichen Stimmengewinnen der SPD begleitet wurden. Dies gilt sowohl für die Hochburgen wie auch in den „Diasporagebieten“ der Grünen. Unzufriedene Wähler von Bündnis 90/Die Grünen haben hier offensichtlich in größerem Ausmaß ihren Unmut durch einen Wechsel zur SPD dokumentiert.

Ihre besten Resultate erzielten die Grünen abermals in den Hochschulstädten Freiburg (23,3 Prozent), Stuttgart (11,5 Prozent), Konstanz (16 Prozent), Heidelberg (15,1 Prozent) und Tübingen (23,6 Prozent). Hinzu kommen zweistellige Ergebnisse in Karlsruhe (10,7 Prozent). Weitere überdurchschnittliche Ergebnisse erreichten sie in Ulm (10,3 Prozent) und im Wahlkreis Breisgau (10,3 Prozent).

Unter fünf Prozent blieben Bündnis 90/Die Grünen in den Wahlkreisen Pforzheim (3,3 Prozent), Balingen (3,7 Prozent), Rastatt (4,5 Prozent), Neckar-Odenwald (4,6 Prozent), Heidenheim (4,7 Prozent), Bruchsal (4,8 Prozent), Heilbronn (4,8 Prozent), Main-Tauber (4,8 Prozent) und Schwäbisch Gmünd (4,9 Prozent). Mit Ausnahme von Heidenheim und Bruchsal handelt es sich um Wahlkreise, in denen die Grünen bereits 1996 schwächer abgeschnitten haben und hohe Stimmenverluste die Wählerschaft zum Teil sogar bis auf ein Drittel ihrer ehemaligen Wählerschaft reduziert haben.

Die **Republikaner** mussten in allen 70 Wahlkreisen Baden-Württembergs Verluste hinnehmen. Auffällig ist dabei, dass in den Wahlkreisen mit überdurchschnittlichen Verlusten für die Republikaner sowohl die CDU als auch die SPD überdurchschnittliche Stimmengewinne zu verzeichnen hatten. Die größten Einbrüche erlitten sie hauptsächlich in ihren Hochburgen. Die größten Einbrüche sind in den Wahlkreisen Enz (-9,9 Prozentpunkte) und Pforzheim (-9,2 Prozentpunkte) zu verzeichnen. In den Wahlkreisen Schorndorf, Backnang und Calw verloren sie im Vergleich zur letzten Landtagswahl zwischen 7,2 und 7,6 Prozentpunkte und im Wahlkreis Eppingen 6,5 Prozentpunkte.

Die höchsten Wähleranteile der Republikaner konzentrieren sich schwerpunktmäßig auf den Regierungsbezirk Stuttgart. Hier erzielten sie – mit Ausnahme der Wahlkreise Stuttgart (I,II) Böblingen, Leonberg – in allen Wahlkreisen Ergebnisse über ihrem Landeswert. Am besten schnitten sie in Heilbronn (7,7 Prozent) und Bietigheim-Bissingen (7,0 Prozent) ab. Auch in den Wahlkreisen Kirchheim (6,7 Prozent) und Schwäbisch Hall (6,5 Prozent) erzielten sie noch relativ hohe Stimmenanteile. In den übrigen Regierungsbezirken erreichten die Republikaner nur vereinzelt (Hechingen-Münchingen: 5,0 Prozent, Bruchsal: 5,1 Prozent, Sigmaringen: 5,3 Prozent, Enz: 5,5 Prozent, Calw: 5,9 Prozent, Biberach: 6,0 Prozent) Wähleranteile über dem Landeswert. Ehemals gute Ergebnisse im Nordschwarzwald konnten die Republikaner damit bei dieser Wahl nicht wiederholen.

Die Wahlkreise, in denen die Republikaner am schlechtesten abschnitten (Wähleranteile zwischen 1,7 und 2,7 Prozent) befinden sich überwiegend im Südwesten Baden-Württembergs. Ihre schlechtesten Ergebnisse mussten sie in Heidelberg (1,7 Prozent), Freiburg I (2,1 Prozent), Konstanz (2,1 Prozent) und Karlsruhe (I: 2,4 Prozent; II: 2,5 Prozent) hinnehmen.

Das Ergebnis der Landtagswahl 2001¹⁾
in Baden-Württemberg

Wahlkreis- Nummer	Wahlkreis- name	Wahlbet. 2001	Wahlbet. 01 - 96	CDU 2001	CDU 01 - 96	SPD 2001	SPD 01 - 96	FDP 2001	FDP 01 - 96	GRÜNE 2001	GRÜNE 01 - 96	REP 2001	REP 01 - 96
1	Stuttgart I	64,0	-4,3	32,2	0,3	35,7	11,4	9,0	-2,7	18,0	-4,6	3,7	-3,3
2	Stuttgart II	71,0	-3,8	39,3	5,6	34,5	10,2	10,6	-4,3	10,7	-6,3	3,9	-3,8
3	Stuttgart III	64,6	-5,9	38,8	4,7	37,8	8,9	8,6	-1,7	7,6	-3,9	6,1	-6,4
4	Stuttgart IV	62,4	-5,8	37,4	2,8	37,6	9,8	8,2	-2,0	10,4	-4,6	5,0	-4,6
5	Böblingen	64,3	-4,5	44,2	4,1	34,6	10,2	8,7	-3,0	7,0	-5,6	4,2	-5,6
6	Leonberg	67,5	-3,9	45,0	4,5	32,0	9,0	9,2	-2,0	7,9	-5,9	4,3	-5,3
7	Esslingen	67,5	-4,6	40,7	3,0	38,0	9,9	7,9	-2,3	7,3	-4,8	5,2	-4,2
8	Kirchheim	67,5	-4,0	42,0	4,3	34,5	8,4	7,7	-1,6	7,1	-4,4	6,7	-5,6
9	Nürtingen	67,7	-4,1	41,8	3,9	32,1	8,5	9,7	-2,1	9,4	-4,5	5,4	-5,2
10	Göppingen	63,9	-5,6	40,6	3,8	38,0	10,0	7,8	-1,5	5,3	-5,6	6,3	-5,0
11	Geislingen	64,1	-4,1	43,3	4,1	36,3	8,8	8,0	-1,4	5,3	-5,4	4,8	-5,1
12	Ludwigsburg	64,9	-4,3	38,8	3,3	35,4	9,9	8,5	-1,7	9,9	-4,9	6,3	-5,5
13	Vaihingen	69,5	-3,9	42,8	3,2	33,5	9,1	9,4	-2,4	8,3	-5,1	4,8	-4,7
14	Bietigheim- Bissingen	66,8	-4,8	40,2	2,9	35,2	12,0	8,5	-1,5	8,3	-6,9	7,0	-4,9
15	Waiblingen	66,1	-4,2	40,0	5,5	35,4	10,3	11,5	-3,3	6,6	-4,6	5,3	-5,3
16	Schorndorf	66,8	-4,1	40,8	4,8	30,8	8,5	13,7	-0,5	7,0	-3,8	5,3	-7,6
17	Backnang	63,8	-4,8	42,2	8,2	32,7	8,2	10,4	-3,0	6,0	-4,5	6,3	-7,2
18	Heilbronn	58,8	-8,6	42,0	6,2	36,3	2,5	7,9	0,3	4,8	-3,4	7,7	-5,4
19	Eppingen	63,8	-6,5	41,6	6,1	33,8	5,9	10,4	-2,0	5,6	-3,7	6,2	-6,5
20	Neckarsulm	62,6	-7,3	43,6	3,7	34,2	5,7	8,5	0,9	5,5	-3,5	6,4	-6,8
21	Hohenlohe	62,9	-5,3	50,9	9,0	27,4	5,8	9,2	-3,0	5,2	-5,2	4,7	-5,9
22	Schwäbisch Hall	61,2	-7,2	31,4	0,8	30,2	5,4	23,1	3,4	6,3	-2,7	6,5	-5,8
23	Main-Tauber	61,8	-4,4	50,6	-0,1	29,7	8,4	7,5	-0,3	4,8	-3,0	4,8	-4,1
24	Heidenheim	62,3	-5,5	40,6	3,7	39,4	9,8	7,5	-0,7	4,7	-5,3	6,0	-5,9
25	Schwäbisch Gmünd	62,4	-5,7	46,9	2,7	34,8	9,3	6,5	-1,7	4,9	-5,7	5,3	-4,6
26	Aalen	63,3	-7,3	48,5	2,1	32,3	1,5	6,5	0,3	6,7	-0,9	5,0	-2,4
27	Karlsruhe I	59,9	-4,2	37,4	0,8	38,1	10,9	9,4	-1,1	11,0	-6,1	2,4	-3,5
28	Karlsruhe II	55,3	-5,5	38,3	0,2	39,5	11,2	8,0	-0,7	10,3	-6,1	2,5	-3,7
29	Bruchsal	61,7	-8,2	52,8	5,9	31,6	5,9	4,8	0,0	4,8	-4,9	5,1	-6,7

Das Ergebnis der Landtagswahl 2001¹⁾
In Baden-Württemberg

Wahlkreis- Nummer	Wahlkreis- name	Wahlbet. 2001	Wahlbet. 01 - 96	CDU 2001	CDU 01 - 96	SPD 2001	SPD 01 - 96	FDP 2001	FDP 01 - 96	GRÜNE 2001	GRÜNE 01 - 96	REP 2001	REP 01 - 96
30	Bretten	62,6	-5,1	44,6	4,0	35,8	8,8	8,1	-2,0	6,1	-4,7	3,6	-5,7
31	Ettlingen	64,0	-4,5	48,4	-0,4	34,1	9,4	6,2	-1,5	6,7	-4,8	2,8	-3,4
32	Rastatt	57,7	-8,5	52,5	4,6	34,0	6,9	4,3	-1,2	4,5	-3,6	3,4	-6,4
33	Baden-Baden	58,9	-6,0	51,3	2,3	28,9	8,3	8,7	-0,7	6,2	-6,3	3,1	-4,3
34	Heidelberg	61,2	-6,3	37,0	0,9	36,6	8,4	7,7	-1,3	15,1	-5,4	1,7	-3,2
35	Mannheim I	49,3	-7,6	37,0	3,1	47,7	7,6	4,1	0,2	6,1	-3,3	4,3	-5,8
36	Mannheim II	56,3	-6,7	40,8	1,4	39,9	9,3	5,2	-2,0	9,0	-4,0	3,5	-4,2
37	Wiesloch	63,0	-6,6	46,7	3,4	34,9	8,8	8,0	-2,9	5,9	-5,2	3,0	-4,0
38	Neckar- Odenwald	62,3	-6,2	54,2	4,3	31,4	6,1	4,6	-0,8	4,6	-3,4	4,2	-4,9
39	Weinheim	65,4	-4,6	42,6	3,2	37,9	9,5	7,4	-3,8	8,2	-4,4	3,3	-2,4
40	Schwetzingen	60,6	-7,2	43,6	2,0	38,6	6,0	7,2	0,5	5,8	-4,1	4,1	-3,9
41	Sinsheim	64,0	-4,0	44,2	2,0	37,9	9,3	6,3	-2,0	6,0	-6,0	3,6	-4,0
42	Pforzheim	60,8	-3,4	46,6	5,6	37,8	13,5	6,7	-2,8	3,3	-5,7	4,3	-9,2
43	Calw	62,7	-4,9	46,3	4,2	28,6	6,8	11,2	0,9	5,7	-4,1	5,9	-7,2
44	Enz	66,2	-3,2	41,8	7,5	37,5	11,5	7,4	-3,7	6,1	-4,7	5,5	-9,9
45	Freudenstadt	61,4	-5,2	50,4	5,7	26,0	3,7	12,8	1,3	5,3	-3,5	3,9	-5,1
46	Freiburg I	64,0	-4,2	39,7	0,8	30,9	9,8	8,1	-0,8	17,3	-5,7	2,1	-1,7
47	Freiburg II	57,0	-4,9	30,8	0,3	36,7	8,6	6,6	-0,1	21,0	-3,9	2,7	-2,4
48	Breisgau	62,3	-4,5	44,6	1,7	33,9	9,9	6,9	-2,0	10,3	-5,1	2,6	-2,6
49	Emmendingen	61,2	-4,4	44,0	1,8	37,3	9,6	6,3	-1,1	8,1	-5,6	2,7	-3,0
50	Ettenheim	58,5	-5,8	49,8	4,2	33,9	6,4	5,4	-2,2	6,9	-2,7	2,6	-3,8
51	Offenburg	58,0	-6,4	50,0	2,2	33,9	7,7	4,9	-1,6	6,8	-3,8	2,8	-4,1
52	Kehl	56,8	-6,0	54,7	4,8	29,2	5,1	5,4	-1,8	6,0	-3,1	3,3	-4,3
53	Rottweil	62,6	-6,3	52,1	6,3	26,6	5,2	9,5	-0,5	5,0	-3,0	4,4	-5,1
54	Villingen- Schwenningen	61,9	-5,4	54,7	3,8	27,3	4,6	6,9	-1,6	5,6	-3,3	2,7	-3,5
55	Tuttlingen- Donaueschingen	62,9	-5,1	53,3	4,7	26,7	5,6	9,1	-1,7	5,0	-3,7	4,3	-3,2
56	Konstanz	60,6	-2,5	39,7	-1,1	32,4	10,0	8,6	-1,8	16,0	-2,9	2,1	-2,6

Das Ergebnis der Landtagswahl 2001¹⁾
in Baden-Württemberg

Wahlkreis- nummer	Wahlkreis- name	Wahlbet. 2001	Wahlbet. 01 - 96	CDU 2001	CDU 01 - 96	SPD 2001	SPD 01 - 96	FDP 2001	FDP 01 - 96	GRÜNE 2001	GRÜNE 01 - 96	REP 2001	REP 01 - 96
57	Singen	57,9	-3,9	48,7	3,8	33,0	7,9	7,2	-2,2	6,2	-3,7	3,2	-5,0
58	Lörrach	57,1	-4,8	37,3	0,4	41,6	9,3	7,7	-0,9	8,3	-4,7	3,3	-3,5
59	Waldshut	58,0	-3,7	46,6	2,1	35,5	9,3	6,7	-1,7	6,2	-4,6	3,4	-3,5
60	Reutlingen	62,9	-5,3	42,1	2,2	33,9	10,8	9,9	-0,8	9,2	-5,5	4,1	-4,7
61	Hechingen- Münsingen	64,7	-5,1	45,9	4,9	27,1	7,4	14,8	-1,3	6,4	-4,1	5,0	-5,1
62	Tübingen	66,9	-4,8	38,3	3,1	32,8	8,0	6,7	-2,8	15,1	-4,2	4,4	-4,3
63	Balingen	61,9	-4,0	51,4	4,2	31,5	8,1	6,7	-1,7	3,7	-4,0	4,7	-6,0
64	Ulm	61,2	-4,4	44,6	4,4	34,0	8,2	5,9	-1,8	10,3	-5,2	3,7	-3,4
65	Ehingen	65,1	-4,9	53,5	5,0	26,9	6,8	7,2	-1,5	6,4	-3,3	4,4	-4,7
66	Biberach	64,9	-4,4	57,2	4,3	21,1	6,7	5,8	-0,4	8,0	-2,3	6,0	-4,9
67	Bodensee	64,5	-0,9	48,0	3,8	30,7	9,4	7,8	-2,6	8,4	-5,4	2,6	-3,9
68	Wangen	61,2	-2,9	54,7	4,2	25,2	9,3	4,6	-1,4	7,7	-3,4	3,6	-5,0
69	Ravensburg	62,7	-3,0	52,9	3,9	25,6	7,6	5,3	-2,5	9,7	-2,8	3,8	-4,1
70	Sigmaringen	63,0	-4,6	55,4	2,9	26,1	8,9	7,0	-2,1	5,1	-3,7	5,3	-4,4

1) vorläufige Ergebnisse

Wahlergebnisse in ausgewählten Groß- und Universitätsstädte
2001 und 1999 im Vergleich
- in Prozent -

	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		Grüne		FDP/DVP		REP		Sonstige	
	2001	1996	2001	1996	2001	1996	2001	1996	2001	1996	2001	1996	2001	1996
Freiburg im Breisgau	59,6	63,9	30,6	31,0	34,9	24,9	23,2	28,3	6,9	7,2	2,2	4,2	2,1	4,4
Heidelberg	61,2	67,5	37	36,1	36,6	28,2	15,1	20,5	7,7	9,0	1,7	4,9	1,9	1,3
Heilbronn	58,8	67,4	42	35,8	36,3	33,8	4,8	8,2	7,9	7,6	7,7	13,1	1,3	1,6
Karlsruhe	57,6	62,5	37,8	37,3	38,8	27,7	10,7	16,8	8,7	9,7	2,5	6,0	1,6	2,5
Mannheim	53,0	60,1	39,1	36,9	43,3	34,9	7,7	11,4	4,7	5,7	3,9	8,8	1,2	2,3
Pforzheim	60,1	63,8	47,1	41,4	37,3	23,9	3,3	8,9	6,6	9,4	4,4	13,7	1,2	2,6
Stuttgart	65,6	70,6	37,1	33,6	36,3	26,3	11,5	16,3	9,2	11,9	4,7	9,3	1,2	2,6
Tübingen	68,1	73,2	27,3	27,0	35,8	25,8	23,6	28,5	7,3	10,1	2,8	6,1	3,2	2,4
Ulm	60,0	64,6	41,7	38,3	35,7	26,3	11,2	16,8	6,3	7,9	3,6	7,2	1,4	3,4
Konstanz	59,9	62,6	36,1	38,1	33,3	23,3	18,4	21,0	9,0	10,4	2,0	4,3	1,2	2,9
Baden-Württemberg	62,6	67,6	44,8	41,3	33,3	25,1	7,7	12,1	8,1	9,6	4,4	9,1	1,7	2,8

Quelle: Statistisches Landesamt Stuttgart

3.3 Das Wahlverhalten nach regionalen und strukturellen Merkmalen

Die Wahlbeteiligung war bei dieser Landtagswahl überdurchschnittlich hoch in den Gebieten, in denen überdurchschnittlich viele Protestanten leben (64,6 Prozent), dem gegenüber lag die Wahlteilnahme in Regionen, in denen viele Katholiken leben, unter dem Landesdurchschnitt (60,5 Prozent). Auch in Wahlkreisen mit hohem Akademikeranteil gingen mit 62,8 Prozent etwas überdurchschnittlich viele Wähler zur Wahl. In Regionen mit geringerem Akademikeranteil lag die Wahlbeteiligung mit 60,5 Prozent unter dem Landeswert. Nennenswerte Unterschiede in der Wahlbeteiligung waren ferner in Regionen mit hoher (59,0 Prozent) und geringerer Erwerbslosenquote (61,4 Prozent) zu beobachten.

Bei der **CDU** spiegelte sich auch bei dieser Wahl der Zusammenhang zwischen Wahlerfolg und Konfessionszugehörigkeit wider, So erzielten die Christdemokraten in Gebieten mit hohem Katholikenanteil ein überdurchschnittliches Ergebnis (52,3 Prozent). Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in ländlichen Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte (50,3 Prozent) und in Regionen mit niedriger Erwerbslosenquote (47,9 Prozent).

Unter dem Landesdurchschnitt lagen die Ergebnisse der Christdemokraten hingegen in Gebieten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung (41,7 Prozent), in städtisch geprägten Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte (38,2 Prozent) und in Regionen mit großer Bedeutung des Dienstleistungssektors, so z.B. in den meisten Universitätsstandorten Baden-Württembergs.

Die **SPD** erzielte ihre besten Ergebnisse in den eher städtisch geprägten Wahlkreisen (38,1 Prozent), in Gebieten mit relativ hoher Erwerbslosenquote (37,6 Prozent) und in Regionen mit hohem Akademikeranteil (35,7 Prozent).

In ländlich geprägten Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte (27 Prozent), mit niedriger Erwerbslosenquote (29,8 Prozent) und in Regionen mit niedrigem Akademikeranteil (30,4 Prozent) schnitt die baden-württembergische SPD nur unterdurchschnittlich ab.

Ein Zusammenhang zwischen Arbeitermilieu und hohen Stimmenanteilen der SPD ist nicht zu erkennen. In Wahlkreisen mit hohem Beschäftigtenanteil im produzierenden Gewerbe und somit hohem Arbeiteranteil schnitten die Sozialdemokraten mit 33,9 Prozent sogar schlechter ab als in Regionen mit hohem Dienstleistungsanteil (36,1 Prozent).

Die Stimmenanteile für die **FDP** fielen am höchsten in stark protestantisch geprägten Gebieten (11,2 Prozent), in Regionen mit geringer Erwerbslosigkeit (9,4 Prozent) und hohem Akademikeranteil (8,3 Prozent) aus.

Unterdurchschnittlich schnitten die Liberalen hingegen in Regionen mit hohem Katholikenanteil (5,9 Prozent), in Regionen mit hoher Erwerbslosenquote (6,6 Prozent) und geringem Akademikeranteil (6,6 Prozent) ab.

Bündnis 90/Die Grünen waren in Wahlkreisen mit hohem Akademikeranteil (13,7 Prozent) besonders erfolgreich. Überdurchschnittlich hoch waren ihre Ergebnisse außerdem in Wahlkreisen mit hoher Bevölkerungsdichte (10 Prozent). In den Universitätsstädten liegen nach wie vor die Hochburgen der Grünen.

In ländlich geprägten Regionen schnitten sie dagegen nur unterdurchschnittlich ab. Unter ihrem Landeswert blieben sie außerdem in Regionen, die durch einen hohen Anteil an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe gekennzeichnet sind. Hier erreichten sie 5,9 Prozent.

Die Republikaner erzielten ihre höchsten Stimmenanteile in Regionen, deren Wirtschaftsstruktur durch produzierendes Gewerbe geprägt ist (5,2 Prozent). In Wahlkreisen mit einem hohen Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungsbereich fiel ihr Ergebnis mit 3,7 Prozent deutlich schlechter aus.

4. Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse in Rheinland-Pfalz

4.1 Das Wahlergebnis

In Rheinland-Pfalz wurde ebenso wie in Baden-Württemberg die Landesregierung mit klarem Vorsprung bestätigt. Dabei profitierte in beiden Ländern die große Regierungspartei von der Zufriedenheit der Bürger. FDP und Grüne mussten sich mit geringeren Stimmenanteilen zufrieden geben als 1996, die zu großen Teilen Mobilisierungsschwächen widerspiegeln. Bei den Grünen stehen die Verluste im Einklang mit einem länger zu beobachtenden Trend. In Rheinland-Pfalz, in dem die Grünen nie fest strukturell verankert waren, hätte ihnen dies fast den Wiedereinzug in den neuen Landtag gekostet.

Die CDU gehörte zu den Verlierern dieser Wahl. Sie erzielte 35,8 Prozent der Zweitstimmen (Landesstimmen). Im Vergleich zu 1996 hat sie 3,4 Prozentpunkte (= -151 Tsd. Wähler) verloren. Beim Vergleich zwischen Erst- und Zweitstimmen fällt auf, dass allein die CDU einen Überhang an Erststimmen auf sich vereinen konnte. Sie erhielt 39,8 Prozent der Erststimmen (Wahlkreisstimmen). Damit fielen die Verluste hier deutlich geringer aus (-2,2 Prozentpunkte) als bei den Zweit- oder Landesstimmen. Im Parlament wird sie mit 38 von 101 Mandaten vertreten sein. Dies sind 3 Sitze weniger als 1996.

Der **SPD** gelang es wesentlich besser als den übrigen Parteien in Rheinland-Pfalz ihre Wähler zu mobilisieren. Mit einem Plus von 4,9 Prozentpunkten hat sie – bei deutlich gesunkener Wahlbeteiligung - etwa die gleiche Zahl an Wählern mobilisiert wie bei der Landtagswahl 1996. Die SPD ist damit der klare Gewinner der Wahl und geht gestärkt in die sozialliberale Koalition. Mit 44,7 Prozent der Zweitstimmen (= 820 Tsd. Wähler) erzielte sie das zweitbeste Ergebnis der Landespartei der Nachkriegsgeschichte. Anders als bei der CDU überwiegen bei den Sozialdemokraten die Zweitstimmen. Bei dieser Wahl erhielt sie 0,7 Prozent mehr Zweit- als Erststimmen. Im Landtag ist sie künftig mit 49 Abgeordneten repräsentiert (+6 Sitze), 30 Mandate davon sind Direktmandate.

Die **FDP** erzielte einen Zweitstimmenanteil von 7,8 Prozent (= 143 Tsd.). Gegenüber der Vorwahl büßte sie 1,1 Prozentpunkte (= 41 Tsd. Stimmen) ein. Damit verfehlte sie – wie auch in Baden-Württemberg – ihr Wahlziel, ein zweistelliges Ergebnis zu erreichen. Allerdings gelang es ihr vor den Grünen drittstärkste politische Kraft im rheinland-pfälzischen Landtag zu bleiben (+2,6 Prozentpunkte). Sie gibt 2 Mandate ab.

Bei **Bündnis 90/Die Grünen** setzte sich die Serie der seit 1999 zu beobachtenden Verluste bei den Grünen auch in Rheinland-Pfalz fort. Sie verloren 1,7 Prozentpunkte (= 47 Tsd.) und erreichten mit 5,2 Prozent der Zweitstimmen (= 96 Tsd.) nur knapp den Wiedereinzug in den

rheinland-pfälzischen Landtag. Seit ihrem erstmaligen Einzug in den Mainzer Landtag ist dies ihr schlechtestes Ergebnis. Der Anteil an Zweitstimmen entsprach in etwa dem der Erststimmen (Wahlkreisstimmen). Dies ist für die Grünen ebenso wie für die FDP ungewöhnlich. In der Regel dominieren bei ihnen die Zweitstimmen, da die Erststimmen aus taktischen Gründen eher einer der beiden großen Parteien gegeben werden. Diesmal haben die Grünen-Wähler aufgrund fehlender Koalitionsmöglichkeiten der Grünen in Rheinland-Pfalz offensichtlich weitgehend auf taktisches Stimmensplitting verzichtet. Die besten Ergebnisse erzielten die Grünen wieder in den Universitätsstädten Mainz und Trier. Sie werden mit 6 Abgeordneten im neuen Landtag vertreten sein (-1 Mandat).

Die **sonstigen Parteien** erhielten insgesamt 6,9 Prozent der Zweitstimmen. Die FWG (Freie Wählergruppen) konnten nur 2,5 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen, sodass ihnen der Einzug in den rheinland-pfälzischen Landtag verwehrt bleibt. Die REP erhielten 2,4 Prozent. Dies sind 1,1 Prozentpunkte weniger als bei der letzten Wahl. Unter den Splittergruppen sind lediglich Die Tierschutzpartei (Mensch Umwelt Tierschutz), die von 0,9 Prozent der Wähler Unterstützung fand und die NPD, die von 0,5 Prozent gewählt wurde, erwähnenswert. Die PDS kandidierte nicht mit einer Landesliste. Im Wahlkreis Trier und Pirmasens kandidierte ein Einzelbewerber.

Die **Wahlbeteiligung** sank um 8,7 Prozentpunkte auf 62,1 Prozent und stellt damit den Tiefstand bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz dar. Abgesehen vom Rückgang im Jahr 1987 (-13 Prozentpunkte), der dadurch entstand, dass die Landtagswahl 1983 gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfand und somit doppelt mobilisierte, handelt es sich um den größten Rückgang der Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz. Damit folgte diese Landtagswahl auch dem seit längerem zu beobachtenden Trend der steigenden Wahlenthaltungen.

Die Wahlbeteiligung schwankte dabei stark zwischen den ländlichen Räumen, wo eine überdurchschnittliche Beteiligung zu erkennen war und den städtisch geprägten Gebieten, in denen die Wahlbeteiligung schwächer ausfiel.

Vergleich der Landtagswahlergebnisse 2001- 1996 in Rheinland-Pfalz

- Zweitstimmen¹⁾ -

	2001		1996		Veränderung 2001-1996	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	3.024.631		2.987.099		37.532	
Wähler	1.879.430	62,1	2.114.933	70,8	-235.503	-8,7
Gültige Stimmen	1.833.045	97,5	2.063.726	97,6	-230.681	-0,1
SPD	820.218	44,7	821.539	39,8	-1.321	4,9
CDU	647.013	35,3	798.166	38,7	-151.153	-3,4
F.D.P.	143.372	7,8	184.426	8,9	-41.054	-1,1
GRÜNE	95.529	5,2	142.665	6,9	-47.136	-1,7
REP	44.568	2,4	71.499	3,5	-26.931	-1,1
ödp	5.464	0,3	10.879	0,5	-5.415	-0,2
NPD	9.136	0,5	7.633	0,4	1.503	0,1
PBC	5.413	0,3	3.402	0,2	2.011	0,1
FGW Rheinland-Pfalz	46.427	2,5			46.427	2,5
Die Tierschutzpartei	15.905	0,9				0,9
BüSo			370	0,0	-370	0,0
Graue			14.338	0,7	-14.338	-0,7
NATURGESETZ			6.201	0,3	-6.201	-0,3
STATT Partei			2.608	0,1	-2.608	-0,1

1) 2001 = vorläufiges Ergebnis

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
REP	DIE REPUBLIKANER
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
FGW Rheinland-Pfalz	Landesverband Freier Wählergruppen Rheinland-Pfalz e.V.
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
Graue	DIE GRAUEN - Graue Panther
NATURGESETZ	DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
STATT Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN

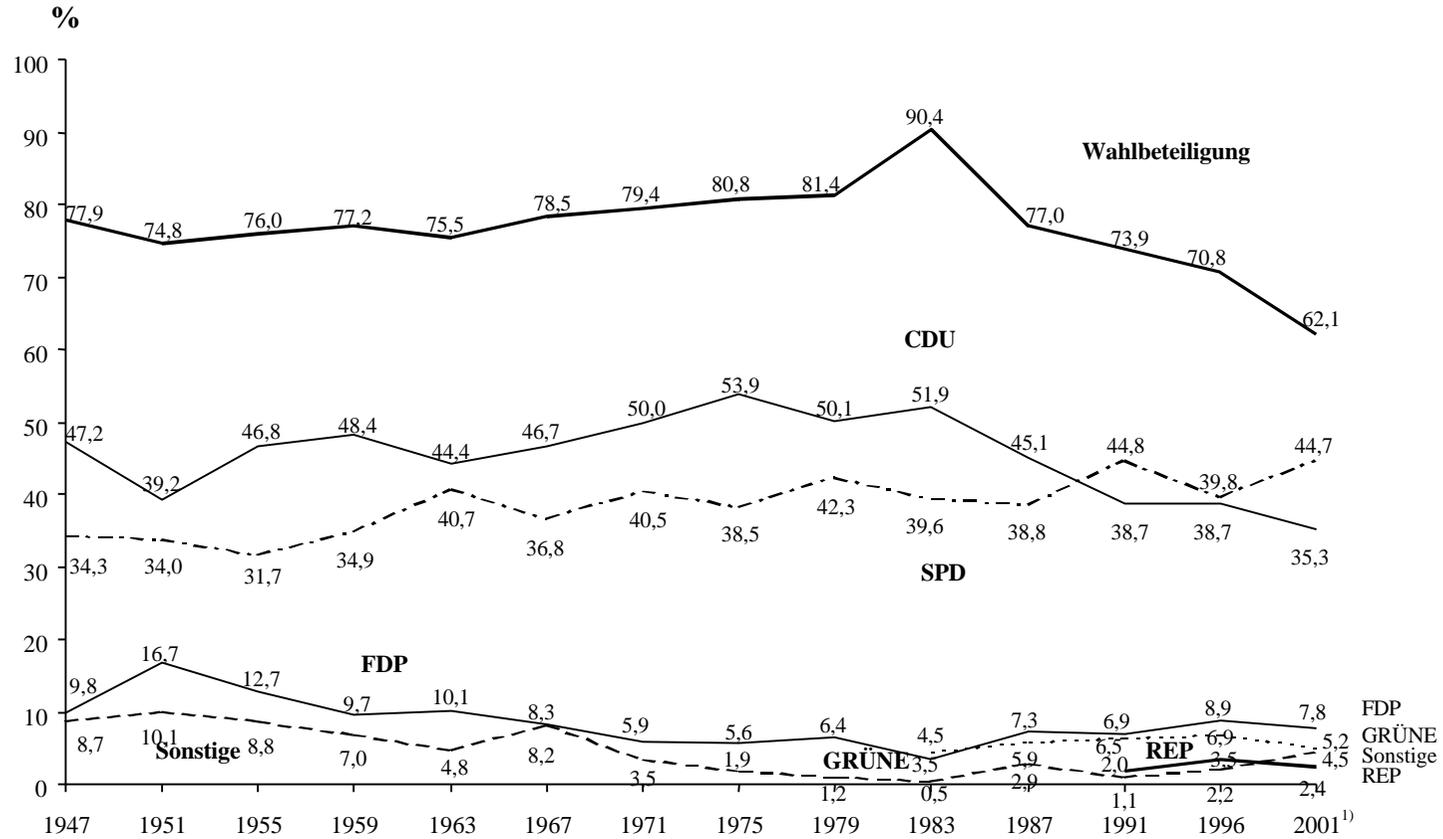
Landtagswahl 2001
Vergleich der Erst- und Zweitstimmen ¹⁾

	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Erst-/Zweitstimmen Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	3.024.631		3.024.631		0	
Wähler	1.879.430	62,1	1.879.430	62,1	X	X
Gültige Stimmen	1.817.239	96,7	1.833.045	97,5	-15.806	-0,8
SPD	789.306	43,4	820.218	44,7	-30.912	-1,3
CDU	723.007	39,8	647.013	35,3	75.994	4,5
F.D.P.	134.689	7,4	143.372	7,8	-8.683	-0,4
GRÜNE	92.666	5,1	95.529	5,2	-2.863	-0,1
REP	23.425	1,3	44.568	2,4	-21.143	-1,1
ödp	4.596	0,3	5.464	0,3	-868	0,0
NPD	559	0,0	9.136	0,5	-8.577	-0,5
PBC	314	0,0	5.413	0,3	-5.099	-0,3
FGW Rheinland-Pfalz	46.694	2,6	46.427	2,5	267	0,1
Die Tierschutzpartei			15.905	0,9	-15.905	-0,9
NATURGESETZ	376	0,0			376	0,0
PDS	660	0,0			660	0,0
EZB		0,0			0	0,0
Bürgerliste	552	0,0			552	0,0
Jansen	395	0,0			395	0,0

1) Vorläufiges Ergebnis

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
REP	DIE REPUBLIKANER
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
FGW Rheinland-Pfalz	Landesverband Freier Wählergruppen Rheinland-Pfalz e.V.
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
NATURGESETZ	DIE NATURGESETZPARTEI, AUFBRUCH ZUM NEUEN BEWUSSTSEIN
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus Linke Liste
EZB	Einzelbewerber (Bürgerliste, Jansen)

**Wahlbeteiligung und Stimmenanteile bei Landtagswahlen
in Rheinland-Pfalz**



1) Vorläufiges Ergebnis

Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz ¹⁾														
(% bzw. %-Punkte)														
	Veränderungen gegenüber der Vorwahl													
	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	REP	Sonst.	Wahlbet.	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	REP	Sonst.
1947	77,9	47,2	34,3	9,8 ²⁾	-	-	8,7 ³⁾	-	-	-	-	-	-	-
1951	74,8	39,2	34,0	16,7	-	-	10,1	-3,1	-8,0	-0,3	6,9	-	-	1,4
1955	76,0	46,8	31,7	12,7	-	-	8,8	1,2	7,6	-2,3	-4,0	-	-	-1,3
1959	77,2	48,4	34,9	9,7	-	-	7,0 ⁴⁾	1,2	1,6	3,2	-3,0	-	-	-1,8
1963	75,5	44,4	40,7	10,1	-	-	4,8	-1,7	-4,0	5,8	0,4	-	-	-2,2
1967	78,5	46,7	36,8	8,3	-	-	8,2 ⁵⁾	3,0	2,3	-3,9	-1,8	-	-	3,4
1971	79,4	50,0	40,5	5,9	-	-	3,5	0,9	3,3	3,7	-2,4	-	-	-4,7
1975	80,8	53,9	38,5	5,6	-	-	1,9	1,4	3,9	-2,0	-0,3	-	-	-1,6
1979	81,4	50,1	42,3	6,4	-	-	1,2	0,6	-3,8	3,8	0,8	-	-	-0,7
1983	90,4	51,9	39,6	3,5	4,5	-	0,5	9,0	1,8	-2,7	-2,9	4,5	-	-0,7
1987	77,0	45,1	38,8	7,3	5,9	-	2,9	-13,4	-6,8	-0,8	3,8	1,4	-	2,4
1991	73,9	38,7	44,8	6,9	6,5	2,0	1,1	-3,1	-6,4	6,0	-0,4	0,6	2,0	-1,8
1996	70,8	38,7	39,8	8,9	6,9	3,5	2,2	-3,1	0,0	-5,0	2,0	0,4	1,5	1,1
2001	62,1	35,3	44,7	7,8	5,2	2,4	4,5	-8,7	-3,4	4,9	-1,1	-1,7	-1,1	2,3

2001 = vorläufiges Ergebnis

- 1) Ab 1991 Landesstimmen
- 2) Davon: 5,7 % Liberale Partei, 3,9 % Sozialer Volksbund und 0,2 % Demokratische Partei Rheinland-Pfalz
- 3) Kommunistische Partei Deutschlands
- 4) Darunter: 5,1 % Deutsche Reichspartei
- 5) Darunter: 6,9 % Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Sitzverteilung bei den Landtagswahlen 2001 und 1996

Mandate/Veränderung	CDU	SPD	FDP	B90/Grüne
Wahlkreismandate 1996	27	24	-	-
Wahlkreisgewinn durch gleiche Partei wie 1996	20	23	-	-
Zugewinn eines neuen Wahlkreises ¹⁾	1	7	-	-
Verlust eines bisherigen Wahlkreises ¹⁾	7	1	-	-
Wahlkreismandate 2001	21	30	-	-
Listenmandate 1996	14	19	10	7
Listenmandate 2001	17	28	8	6
Mandate 2001 insgesamt	38	49	8	6

- 1) Wechsel der Wahlkreise von der CDU zur SPD: 10 Bendorf/Weißenthurm; 11 Andernach; 17 Bad Kreuznach; 25 Trier; 28 Mainz II; 30 Ingelheim am Rhein; 41 Bad Dürkheim; Wechsel von der SPD zur CDU: 34 Frankenthal (Pfalz)

Sitzverteilung in Rheinland-Pfalz

	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	REP	Sonstige	Sitze insg.
1947	48	34	11 ¹⁾	-	-	8 ²⁾	101
1951	43	38	19	-	-	-	100
1955	51	36	13	-	-	-	100
1959	52	37	10	-	-	1 ³⁾	100
1963	46	43	11	-	-	-	100
1967	49	39	8	-	-	4 ⁴⁾	100
1971	52	42	6	-	-	-	100
1975	55	40	5	-	-	-	100
1979	51	43	6	-	-	-	100
1983	57	43	-	-	-	-	100
1987	48	40	7	5	-	-	100
1991	40	47	7	7	-	-	101
1996	41	43	10	7	-	-	101
2001	38	49	8	6	-	-	101

2001 = Vorläufiges Endergebnis

- 4) Davon: 7 Sitze Liberale Partei, 4 Sitze Sozialer Volksbund
 5) Kommunistische Partei Deutschlands
 6) Deutsche Reichspartei
 7) Nationaldemokratische Partei Deutschlands

4.2 Ergebnisse der Wahlkreisanalyse: Wahlbeteiligung, Hochburgen, Gewinne und Verluste der Parteien

Von den 51 Wahlkreisen in Rheinland-Pfalz wiesen 29 eine überdurchschnittliche **Wahlbeteiligung** auf, in 22 lag sie unter dem Landesdurchschnitt. Die Wahlkreise mit überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung liegen schwerpunktmäßig in der Pfalz, im Umfeld von Mainz und im Norden von Rheinland-Pfalz, dort vor allem entlang der Landesgrenze nach Nordrhein-Westfalen und Belgien. Die Wahlkreise mit den höchsten Beteiligungsraten sind die Wahlkreise Südliche Weinstraße (69,7 Prozent), Kirn/Bad Sobernheim (67,4 Prozent), Bad Dürkheim (67,3 Prozent), Cochem-Zell (67,2 Prozent), Mutterstadt (66,8 Prozent), Mainz II und Rhein-Hunsrück (jeweils 66,4 Prozent), Pirmasens-Land (65,6 Prozent), Ingelheim am Rhein (65,3 Prozent) und Landau in der Pfalz (65 Prozent).

Bei den Wahlkreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung handelt es sich um Kaiserslautern I (50,1 Prozent), Trier (53,6 Prozent), Ludwigshafen am Rhein I (53,7 Prozent), Worms (54,1 Prozent), Remagen/Sinzig (56,2 Prozent), Neuwied (56,7 Prozent) und Birkenfeld (56,9 Prozent).

Im Vergleich zur Landtagswahl 1996 ist in allen Wahlkreisen eine höhere Wahlenthaltung zu beobachten. Am stärksten gestiegen ist die Wahlenthaltung in den Wahlkreisen Neuwied (-12,0 Prozentpunkte), Kaiserslautern I (-11,8 Prozentpunkte), Remagen/Sinzig (-11,6 Prozentpunkte), Worms (-10,9 Prozentpunkte), Trier (-10,3 Prozentpunkte), Pirmasens-Land (-10,2 Prozentpunkte), Ludwigshafen am Rhein I und Altenkirchen (Westerwald) (jeweils -10,1 Prozentpunkte). Am wenigsten zurückgegangen ist die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen Kirn/Bad Sobernheim (-6,6 Prozentpunkte), Bad Kreuznach (-7,0 Prozentpunkte), Cochem-Zell (-7,1 Prozentpunkte), Mainz II, Bitburg/Prüm, Diez/Nassau sowie in Koblenz (jeweils -7,3 Prozentpunkte).

Die **CDU** verlor im Vergleich zur Landtagswahl 1996 flächendeckend an Stimmen. Nur in Pirmasens (+1,0 Prozentpunkte) und in Frankenthal/Pfalz (+ 0,4 Prozentpunkte) konnte sie hinzugewinnen. In Frankenthal konnte die CDU zudem den einzigen Direktwahlkreis von der SPD gewinnen. Die Verluste fielen regional sehr unterschiedlich aus. Die höchsten Verluste hatte sie in den Wahlkreisen Daun (-8,0 Prozentpunkte), Koblenz/Lahnstein (-6,0 Prozentpunkte), Mainz I (-6,5 Prozentpunkte), Mainz II (-5,7 Prozentpunkte), Bernkastel-Kues/Morbach/Kirchberg (Hunsrück) (-5,4 Prozentpunkte), Koblenz und Kirn/Bad Sobernheim (jeweils -5,3 Prozentpunkte) sowie im Wahlkreis Rhein-Hunsrück (-5,1 Prozentpunkte).

Die geringsten Verluste hatten die Christdemokraten in Germersheim (-0,8 Prozentpunkten), Pirmasens-Land (-0,6 Prozentpunkten), Worms (-1,3 Prozentpunkte), Kusel (-1,4 Prozent-

punkte), Landau (-1,8 Prozentpunkte), Ludwigshafen am Rhein II und Kaiserslautern (jeweils -1,9 Prozentpunkte) sowie in Zweibrücken (-2,0 Prozentpunkte) zu verzeichnen.

Die Hochburgen der CDU befinden sich im nördlichen Rheinland-Pfalz und dort vor allem entlang der Landesgrenze nach Nordrhein-Westfalen und Belgien. Hochburgen sind auch im Westerwald und in Verbandsgemeinden der südlichen Pfalz zu finden. Den größten Zuspruch erhielten die rheinland-pfälzischen Christdemokraten in den Wahlkreisen Cochem-Zell (50,1 Prozent), Bad Neuenahr-Ahrweiler (48,9 Prozent), Daun (44,5 Prozent), Montabaur (43,9 Prozent), Bitburg/Prüm (42,7 Prozent), Remagen/Sinzig (41,8 Prozent), Linz am Rhein/Rengsdorf (41,1 Prozent), Wittlich (40,4 Prozent) und Mayen (40,3 Prozent). In allen diesen Wahlkreisen blieben die Sozialdemokraten unter ihrem Landesergebnis.

Die Regionen mit den geringsten CDU-Anteilen (unter 30 Prozent) ziehen sich vom Landkreis Kusel über den Donnersbergkreis, den Landkreis Alzey-Worms bis Mainz. Im einzelnen ergaben sich für die CDU dabei folgende Wahlergebnisse: Wahlkreis Kusel (24,0 Prozent), Donnersberg (25,9 Prozent), Nierstein/Oppenheim (27,1 Prozent), Mainz I (27,2 Prozent), Kirn/Bad Sobernheim (28,4 Prozent), Diez/Nassau und Alzey (jeweils 29,1 Prozent).

Die **SPD** hat in allen 51 Wahlkreisen an Stimmen hinzugewonnen. Die größten Zugewinne erzielte sie schwerpunktmäßig im Hunsrück sowie im Umfeld von Mainz und Ludwigshafen. Die Wahlkreise mit den stärksten Zugewinnen sind Mainz I (8,8 Prozentpunkte), Daun (+8,1 Prozentpunkte), Mainz II (8,0 Prozentpunkte), Kirn/Bad Sobernheim (+7,1 Prozentpunkte), Ingelheim am Rhein (+ 7,0 Prozentpunkte), Bernkastel-Kues/Morbach/Kirchberg (Hunsrück) (+6,9 Prozentpunkte), Rhein-Hunsrück (+6,8 Prozentpunkte), Bad Kreuznach und Mutterstadt (jeweils +6,7 Prozentpunkte), Ludwigshafen am Rhein (Ludwigshafen I: +6,6 Prozentpunkte; Ludwigshafen II: 6,0 Prozentpunkte), Speyer (+6,1 Prozentpunkte) und Birkenfeld (+ 6,0 Prozentpunkte).

Am wenigsten hinzugewonnen hat sie in den Wahlkreisen Betzdorf/Kirchen (Sieg) (+0,5 Prozentpunkte), Zweibrücken (+ 1,5 Prozentpunkte), Donnersberg (+2,3 Prozentpunkte), Altenkirchen (+2,4 Prozentpunkte), Kusel (+2,5 Prozentpunkte), Bendorf/Weißenthurm (+2,9 Prozentpunkte), Frankenthal (+3,3 Prozentpunkte), Kaiserslautern II (+3,4 Prozentpunkte), Bad Marienburg (Westerwald)/Westerburg, Neuwied und Südliche Weinstraße (jeweils +3,7 Prozentpunkte), Kaiserslautern-Land (+3,8 Prozentpunkte) sowie in Landau in der Pfalz und Koblenz (jeweils 3,9 Prozentpunkte).

Die Regionen mit den höchsten SPD-Anteilen befinden sich in der nördlichen Westpfalz und in der Region Rheinhessen-Nahe. Am stärksten ist der Zuspruch für die Sozialdemokraten in den Wahlkreisen Kusel (55,8 Prozent), Kirn/Bad Sobernheim (53,0 Prozent), Donnersberg

und Diez/Nassau (jeweils 50,5 Prozent), Birkenfeld (50,0 Prozent), Neuwied (49,8 Prozent), Ludwigshafen am Rhein II (49,3 Prozent) und Nierstein/Oppenheim (48,5 Prozent).

Bei den Wahlkreisen mit den niedrigsten SPD-Anteilen handelt es sich weitgehend um die Hochburgen der CDU. Klar unter der 40-Prozent-Marke blieben die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten in den Wahlkreisen Bad Neuenahr/Ahrweiler (31,8 Prozent), Cochem-Zell (34,7 Prozent), Wittlich (38,2 Prozent), Remagen-Sinzig (38,6 Prozent), Daun (38,8 Prozent) und Bitburg/Prüm (38,9 Prozent).

Die FDP hat in 5 der 51 Wahlkreise Stimmengewinne zu verbuchen (Betzdorf/Kirchen Sieg, Altenkirchen, Zweibrücken, Worms, Neuwied), in den übrigen Wahlkreisen musste sie Verluste hinnehmen. Den größten Zugewinn erzielte sie mit einem Plus von 2,5 Prozentpunkten im Wahlkreis Betzdorf/Kirchen (Sieg).

Überdurchschnittliche Verluste traten für die FDP in den Wahlkreisen Bad Dürkheim (-3,1 Prozentpunkte), Landau in der Pfalz (-2,7 Prozentpunkte), Trier/Schweich (-2,3 Prozentpunkte), Kaiserslautern II (-2,0 Prozentpunkte) und Mutterstadt (-1,9 Prozentpunkte) auf. Und in der Region Rheinhessen wiesen die Landkreise Ingelheim (-2,6 Prozentpunkte) und Alzey (-2,9 Prozentpunkte) überdurchschnittliche Stimmenverluste auf.

Die Regionen, in denen die FDP besonders gut abschneidet, finden sich vor allem in der Mitte sowie im Norden von Rheinland-Pfalz. Ihre besten Ergebnisse erzielten die rheinland-pfälzischen Liberalen in den Wahlkreisen Betzdorf/Kirchen (Sieg) (11,2 Prozent), Bernkastel-Kues/Morbach/Kirchberg (Hunsrück) (11,1 Prozent), Mainz II und Bad Neuenahr (jeweils 10,5 Prozent), Bad Kreuznach und Birkenfeld (jeweils 10,4 Prozent) und Altenkirchen (Westerwald) (10,0 Prozent). Die Wahlkreise mit den niedrigsten Stimmenanteilen der Liberalen liegen schwerpunktmäßig im Süden von Rheinland-Pfalz und im Landkreis Trier-Saarburg. Die Wahlkreise mit den niedrigsten FDP-Anteilen sind im einzelnen: Kaiserslautern-Land (4,4 Prozent), Germersheim (4,8 Prozent), Ludwigshafen am Rhein I (5,3 Prozent), Pirmasens und Kusel (jeweils 5,4 Prozent), Pirmasens-Land (5,6 Prozent), Ludwigshafen am Rhein II (5,7 Prozent) und Kaiserslautern II (5,9 Prozent). Deutlich unter ihrem Landesergebnis blieben die Liberalen außerdem in den Wahlkreisen Trier/Schweich (5,8 Prozent) und Konz/Saarburg (5,4 Prozent).

Die Verluste von **Bündnis 90/Die Grünen** erstrecken sich flächendeckend auf alle Wahlkreise. Die Verluste fallen dabei – ebenso wie die Stimmenanteile – regional sehr unterdurchschnittlich aus. Am wenigsten verloren haben die Grünen in Mainz I (-0,8 Prozentpunkte), Bernkastel-Kues/Morbach/Kirchberg (Hunsrück) und Daun (jeweils -0,9 Prozentpunkte). Weit überdurchschnittlich fielen die Verluste von Bündnis 90/Die Grünen dagegen in Pirmasens (-1,1 Prozentpunkte) und Bad Kreuznach (-1,0 Prozentpunkte) aus.

sens (-4,5 Prozentpunkte), Pirmasens-Land (-2,8 Prozentpunkte), Kirn/Bad Sobernheim (-2,6 Prozentpunkte), Montabaur (-2,4 Prozentpunkte), Diez/Nassau (jeweils -2,4 Prozentpunkte), Alzey (-2,2 Prozentpunkte) und Bad Dürkheim (-2,1 Prozentpunkte) aus.

Die Hochburgen von Bündnis 90/Die Grünen liegen in den Universitätsstädten Mainz und Trier. Hier erreichen sie in Mainz I: 12,0 Prozent; Mainz II: 9,4 Prozent und in Trier: 11,4 Prozent.

Das Ergebnis der Landtagswahl 2001 in den Wahlkreisen¹⁾

Wahlkreise	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		FDP		B'90/Grüne	
	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96
1 Betzdorf/Kirchen (Sieg)	59,1	-8,4	39,4	-2,6	40,9	0,5	11,2	2,5	3,9	-1,8
2 Altenkirchen (Westerwald)	61,6	-10,1	39,4	-3,9	42,0	2,4	10,0	2,1	4,3	-1,7
3 Linz am Rhein/Rengsdorf	61,8	-8,4	41,1	-4,0	40,6	4,9	8,4	-0,5	4,7	-1,9
4 Neuwied	56,7	-12,0	31,5	-4,8	49,8	3,7	8,2	0,8	4,4	-2,0
5 Bad Marienberg (Westerwald) Westerburg	59,6	-9,3	36,4	-2,6	46,6	3,7	7,9	-0,4	4,0	-1,6
6 Montabaur	63,1	-8,1	43,9	-2,4	38,9	4,5	7,8	-0,9	4,3	-2,4
7 Diez/Nassau	61,9	-7,3	29,1	-4,3	50,5	4,8	8,6	-0,6	4,9	-2,3
8 Koblenz/Lahnstein	62,8	-8,7	32,4	-6,0	47,6	4,6	8,6	-0,2	4,9	-1,2
9 Koblenz	58,4	-7,3	35,3	-5,3	42,5	3,9	8,7	-0,5	6,4	-1,3
10 Bendorf/Weißenthurm	60,9	-9,1	37,3	-3,7	45,0	2,9	7,7	-0,2	4,2	-1,4
11 Andernach	60,2	-8,5	37,9	-4,4	45,7	4,4	6,6	-0,4	4,7	-0,8
12 Mayen	64,4	-8,4	40,3	-4,9	43,0	4,8	7,5	-0,8	4,3	-1,0
13 Remagen/Sinzig	56,2	-11,6	41,8	-3,1	38,6	4,2	9,0	-0,8	5,5	-1,4
14 Bad Neuenahr - Ahrweiler	61,3	-9,4	48,9	-3,4	31,8	5,8	10,5	-1,4	4,5	-1,2
15 Cochem - Zell	67,2	-7,1	50,1	-3,9	34,7	5,6	7,4	-1,9	3,2	-1,4
16 Rhein-Hunsrück	66,4	-8,8	38,7	-5,1	42,5	6,8	9,6	-0,4	4,8	-2,0
17 Bad Kreuznach	60,5	-7,0	32,9	-4,2	45,8	6,7	10,4	-0,8	6,0	-1,8
18 Kirn/Bad Sobernheim	67,4	-6,6	28,4	-5,3	53,0	7,1	7,9	-1,3	4,5	-2,6
19 Birkenfeld	56,9	-8,3	30,7	-2,7	50,0	6,0	10,4	-1,7	3,9	-1,4
20 Daun	63,5	-7,9	44,5	-8,0	38,8	8,1	7,6	-1,4	3,9	-0,9
21 Bitburg/Prüm	63,6	-7,3	42,7	-3,6	40,4	5,8	7,7	-2,0	3,9	-1,2
22 Wittlich	62,2	-8,9	40,4	-5,8	38,2	5,0	8,6	-1,4	4,7	-1,9
23 Bernkastel-Kues/Morbach/ Kirchberg (Hunsrück)	62,4	-9,1	36,2	-5,4	42,2	6,9	11,1	-1,9	4,9	-0,9
24 Trier/Schweich	63,9	-7,6	36,5	-3,8	46,1	5,6	5,8	-2,3	5,5	-1,6
25 Trier	53,6	-10,3	36,1	-3,3	41,0	4,9	7,4	-0,5	11,4	-1,1

Fortsetzung:

Das Ergebnis der Landtagswahl 2001 in den Wahlkreisen ¹⁾											
Wahlkreise	Wahlbeteiligung		CDU		SPD		FDP		B'90/Grüne		
	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	2001	01-96	
26 Konz/Saarburg	64,2	-9,1	38,5	-3,3	46,3	5,8	5,4	-1,8	4,4	-1,5	
27 Mainz I	58,5	-8,0	27,2	-6,5	46,6	8,8	8,5	-0,5	12,0	-0,8	
28 Mainz II	66,4	-7,3	33,2	-5,7	41,1	8,0	10,5	-0,9	9,4	-1,3	
29 Bingen am Rhein	63,9	-7,9	34,4	-3,1	44,8	4,6	9,1	-2,0	5,7	-1,6	
30 Ingelheim am Rhein	65,3	-7,7	32,6	-4,2	44,3	7,0	9,2	-2,6	7,6	-1,9	
31 Nierstein/Oppenheim	64,7	-8,3	27,1	-2,2	48,5	4,3	9,2	-2,9	5,4	-2,3	
32 Worms	54,1	-10,9	32,9	-1,3	47,3	5,1	8,0	0,7	5,3	-2,4	
33 Alzey	63,6	-9,7	29,1	-2,2	47,7	4,4	9,1	-2,9	5,9	-2,2	
34 Frankenthal (Pfalz)	64,5	-8,5	36,3	0,4	45,2	3,3	6,4	-1,6	4,6	-1,2	
35 Ludwigshafen am Rhein I	53,7	-10,1	32,2	-2,1	47,5	6,6	5,3	-1,1	6,1	-1,4	
36 Ludwigshafen am Rhein II	60,4	-9,6	32,3	-1,9	49,3	6,0	5,7	-1,0	4,1	-1,4	
37 Mutterstadt	66,8	-9,1	32,3	-3,8	46,9	6,7	7,4	-1,9	5,0	-1,5	
38 Speyer	61,9	-9,0	37,1	-3,5	40,9	6,1	6,2	-1,5	7,0	-1,2	
39 Donnersberg	62,9	-9,1	25,9	-3,9	50,5	2,3	7,3	-1,5	4,6	-2,1	
40 Kusel	62,6	-8,7	24,0	-1,4	55,8	2,5	5,4	-0,9	4,3	-1,5	
41 Bad Dürkheim	67,3	-7,6	31,4	-3,9	43,5	5,2	8,9	-3,0	5,5	-2,1	
42 Neustadt an der Weinstraße	64,2	-9,0	35,0	-4,3	44,4	4,6	6,3	-1,1	5,7	-1,2	
43 Kaiserslautern I	50,1	-11,8	32,8	-1,9	47,2	4,7	6,6	-0,8	5,5	-1,6	
44 Kaiserslautern II	64,3	-8,7	30,9	-3,0	47,8	3,4	5,9	-2,0	4,9	-2,1	
45 Kaiserslautern-Land	64,9	-8,5	36,5	-2,3	46,4	3,8	4,4	-1,0	3,3	-1,8	
46 Zweibrücken	59,2	-8,4	31,2	-2,0	47,0	1,5	8,5	0,1	3,4	-1,5	
47 Pirmasens-Land	65,6	-10,2	37,6	-0,6	45,1	4,4	5,6	-1,6	3,5	-2,8	
48 Pirmasens	58,2	-7,9	39,4	1,0	43,2	4,1	5,4	-0,9	3,1	-4,5	
49 Südliche Weinstraße	69,7	-8,2	33,0	-2,3	46,0	3,7	7,2	-1,7	5,4	-2,1	
50 Landau in der Pfalz	65,0	-8,4	33,1	-1,8	45,1	3,9	6,7	-2,7	6,3	-1,5	
51 Germersheim	64,2	-9,1	37,5	-0,8	45,4	5,9	4,8	-1,2	4,2	-2,6	

1) vorläufiges Ergebnis

4.3 Das Wahlverhalten nach regionalen und strukturellen Merkmalen

Wichtige Einflussgrößen für die Wahlbeteiligung waren die Bevölkerungsdichte, der Ausländeranteil, die Wirtschaftsstruktur und die Arbeitslosigkeit. Die Wahlbeteiligung war niedriger in Regionen, in denen die Bevölkerungsdichte und der Ausländeranteil hoch sind, wo die Menschen eher in kleinen Haushalten leben (1-2 Personen), wo die Zahl der größeren Betriebe höher ist, es viele Einpendler gibt und eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit herrscht.

Im Gegensatz dazu gab es eine höhere Wahlbeteiligung in den ländlichen Gebieten, wo die Bevölkerungsdichte niedrig ist, viele Auspendler leben, kleinbetriebliche Strukturen vorherrschen, der Selbständigenanteil hoch ist und größere Haushalte überdurchschnittlich vorkommen.

Für das Wahlergebnis der **CDU** spielt der Katholikenanteil – wenn auch mit abnehmender Tendenz - die wichtigste Rolle. Der Vorsprung der CDU gegenüber der SPD hat sich in den Katholikenhochburgen verringert. Bei der letzten Landtagswahl lag er bei 10 Prozentpunkten. Bei dieser Landtagswahl bei knapp 2 Prozentpunkten. Die CDU ist in Gebieten ländlicher Prägung relativ stark.

In ihren eigenen sowie den Hochburgen der Sozialdemokraten lagen die Verluste der Christdemokraten unter dem Landeswert. Dagegen fielen die CDU-Rückgänge in den Hochburgen von FDP (-4,1 Prozentpunkte) und Bündnis 90/Die Grünen (-4,5 Prozentpunkte) deutlich höher aus als im Landesdurchschnitt.

Wie schon bei der vorangegangenen Wahl waren die Gebiete mit guten Ergebnissen für die **SPD** durch einen hohen Anteil an Protestanten, einem hohen Arbeitslosenanteil, einem hohen Anteil im produzierenden Gewerbe und einem hohen Arbeiteranteil bestimmt. Mit schwächeren Ergebnissen mussten sich die Sozialdemokraten dagegen in den Regionen begnügen, die sich durch einen hohen Abiturientenanteil, einen hohen Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich sowie einen hohen Angestellten- und Selbständigenanteil auszeichnen.

In ihren eigenen Hochburgen fielen die Zugewinne der SPD geringer aus als im Landesdurchschnitt. In den Hochburgen der CDU entsprachen ihre Zugewinne ihrem Landeswert. In den Hochburgen von FDP und Grünen konnten die Sozialdemokraten stark überdurchschnittlich an Stimmen hinzugewinnen.

Am besten abgeschnitten hat die FDP in Gebieten mit einem hohen Selbständigenanteil. Überdurchschnittlich waren die Ergebnisse der Freien Demokraten außerdem in Gebieten mit einem hohen Anteil an Abiturienten und an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Unter

ihrem Landeswert lagen sie in Gebieten mit einem hohen Arbeiteranteil und vielen Arbeitslosen.

Die Verluste in ihren eigenen Hochburgen entsprachen in etwa den landesweiten Verlusten. Die höchsten Rückgänge für die FDP lagen in den Hochburgen der Grünen, die geringsten Verluste gab es in den CDU-Hochburgen.

Bündnis 90/Die Grünen weisen ihre besten Ergebnisse in Gebieten mit einem hohen Anteil an Abiturienten, hoher Bevölkerungsdichte sowie hohen Anteilen an Ausländern, an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich und an Beschäftigten in Großbetrieben sowie an Angestellten und Einpendlern auf. Schwach waren die Grünen dagegen in Regionen mit einem hohen Anteil an Personen mit Haupt- und Realschulabschluss, an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe und an Beschäftigten in Kleinbetrieben.

In den eigenen Hochburgen fielen die Stimmenverluste dabei am geringsten aus. In den Hochburgen der SPD und der CDU entsprechen die Verluste in etwa den landesweiten Verlusten.

**Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien bei den
Landtagswahlen 2001 für ausgewählte demographische,
sozialstrukturelle und ökonomische Merkmale**

	Wahlbet. %	CDU %	SPD %	FDP %	Grüne %
Bevölkerungsdichte (1999)					
– hoch	58,5	33,6	45,5	7,6	6,4
– niedrig	64,7	36,2	44,8	7,8	4,4
Ein-Personen-Haushalte (Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte 1987)					
– hoch	58,2	34,3	44,7	7,9	6,5
– niedrig	64,6	36,3	44,7	7,5	4,4
Zwei-Personen-Haushalte (Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte 1987)					
– hoch	60,4	34,2	45,6	8,0	5,1
– niedrig	63,7	37,4	62,8	7,8	5,6
Ausländeranteil (1999)					
– hoch	58,7	34,7	44,5	7,8	6,3
– niedrig	64,6	35,9	44,5	8,0	4,3
Anteil Protestanten (1999)					
– hoch	61,5	29,4	49,6	8,4	4,7
– niedrig	62,3	41,5	40,4	7,7	4,9
Anteil Katholiken (1999)					
– hoch	62,6	41,8	40,1	7,6	4,9
– niedrig	60,4	29,4	49,4	8,2	4,9
Hauptschul- oder Realschulabschluß (Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999)					
– hoch	63,2	37,0	44,5	7,7	4,1
– niedrig	60,8	34,1	43,8	8,3	6,8
Abitur (Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999)					
– hoch	62,2	34,4	43,6	8,4	6,8
– niedrig	62,9	36,7	44,8	7,6	4,0
Selbständige (Anteil an Erwerbstätigen 1987)					
– hoch	64,2	35,6	43,8	8,7	4,9
– niedrig	60,3	34,5	45,4	7,1	5,5
Arbeiter (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)					
– hoch	61,9	35,5	45,5	7,5	4,1
– niedrig	63,4	35,0	43,2	8,4	6,7
Angestellte (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)					
– hoch	64,1	34,4	43,8	8,5	6,2
– niedrig	60,6	36,4	44,5	7,9	4,7

Fortsetzung

Fortsetzung

**Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien beider
Landtagswahlen 2001 für ausgewählte demographische,
sozialstrukturelle und ökonomische Merkmale**

	Wahlbet. %	CDU %	SPD %	FDP %	Grüne %
Arbeitslose					
(Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1998)					
– hoch	58,4	33,8	46,5	7,2	5,2
– niedrig	64,9	38,2	41,8	8,3	5,0
Beschäftigte in der Landwirtschaft					
(Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahre 1999)					
– hoch	64,5	36,8	43,0	8,2	4,9
– niedrig	59,7	35,0	45,2	7,9	5,8
Beschäftigte im produzierenden Gewerbe					
(Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)					
– hoch	62,7	34,4	45,9	7,5	4,4
– niedrig	61,5	35,9	43,5	8,2	6,4
Beschäftigte im Dienstleistungsbereich					
(Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)					
– hoch	61,8	35,6	43,5	8,1	6,5
– niedrig	62,0	35,1	45,7	7,5	4,2
Eipendler					
(Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)					
– hoch	58,9	34,6	44,7	8,1	6,3
– niedrig	65,2	34,5	45,3	7,4	4,8
Auspendler					
(Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)					
– hoch	65,1	34,3	45,5	7,8	4,7
– niedrig	58,0	34,1	45,0	7,9	6,5
Beschäftigte in kleinen Arbeitsstätten					
(Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1987)					
– hoch	65,5	35,6	44,0	7,9	4,7
– niedrig	58,4	33,8	45,4	7,8	6,4
Beschäftigte in großen Arbeitsstätten					
(Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1987)					
– hoch	58,6	33,6	45,7	7,6	6,2
– niedrig	65,0	35,4	44,5	8,0	4,7

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Anmerkungen: Merkmalsanteil hoch: Verbandsgemeinden mit dem höchsten Anteil des jeweiligen Merkmals (ein Drittel der Wahlberechtigten)
Merkmalsanteil niedrig: Verbandsgemeinden mit dem niedrigsten Anteil des jeweiligen Merkmals (ein Drittel der Wahlberechtigten)

5. Anhang:

5.1 Die Wahlergebnisse seit der Bundestagswahl 1998 im Vergleich

Seit der Bundestagswahl 1998 fanden mit den beiden Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz 11 Landtagswahlen und eine Europawahl statt, die für die einzelnen Parteien äußerst unterschiedlich ausfielen.

Für die **CDU** fällt die Bilanz des 25. März 2001 zwiespältig aus. Während sie in Baden-Württemberg Gewinne zu verzeichnen hat und die christlich-liberale Regierung mit komfortabler Mehrheit fortsetzen kann, mussten die Christdemokraten in Rheinland-Pfalz Verluste hinnehmen. Für die vorangegangenen Landtagswahlen gilt, dass die CDU nach der verlorenen Bundestagswahl bei den Landtagswahlen 1999 politisches Terrain zurückgewinnen konnte. Bei den Landtagswahlen 2000 musste sie dann wieder leichte Stimmeneinbußen hinnehmen. So stieg bei der Landtagswahl in Hessen ihr Anteil um 4,2 Prozentpunkte an. Mit 43,4 Prozent erzielte die Union eines ihrer besten Ergebnisse bei hessischen Landtagswahlen und konnte damit gemeinsam mit der FDP den Regierungswechsel in Hessen herbeiführen. Der Aufwärtstrend setzte sich in Bremen (+4,5 Prozentpunkte) und insbesondere in Brandenburg (+7,8 Prozentpunkte) und Thüringen (+8,4 Prozentpunkte) fort. In Brandenburg erfolgte damit der Wechsel von der SPD-Alleinregierung zur großen Koalition. In Thüringen erreichte die CDU (nach einer großen Koalition) die absolute Mehrheit. Im Saarland wurde die CDU (45,5 Prozent; +6,9 Prozentpunkte) nach fast 20 Jahren wieder stärkste Partei und stellt gegenwärtig die Landesregierung. In Berlin im Oktober 1999 erzielte die CDU einen Stimmenzuwachs von 3,4 Prozentpunkten. In Sachsen im September 1999 büßte die CDU 1,2 Prozent ihrer Wähler ein, der Stimmenanteil ist allerdings so komfortabel, dass die CDU (56,9 Prozent) ihre Alleinregierung weiter fortsetzen konnte. In Schleswig-Holstein verlor die CDU 2 Prozentpunkte und in Nordrhein-Westfalen 0,7 Prozentpunkte.

Der **SPD** gelang es mit dem erfolgreichen Abschneiden bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an ihren Erfolg in Schleswig-Holstein anzuknüpfen und beendete die Serie ihrer Niederlagen. Die SPD musste nach dem Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1998 überwiegend Verluste verzeichnen. Im Saarland verloren die Sozialdemokraten 5 Prozentpunkte. Zweistellig waren anschließend die Verluste in Brandenburg (-14,8 Prozentpunkte). In Thüringen büßte sie gegenüber der vorausgegangenen Landtagswahl 11,1 Prozentpunkte und damit ein Drittel ihrer Wähler ein. In Sachsen erreichten die Sozialdemokraten mit nur 10,7 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis bei Landtagswahlen überhaupt und lagen damit ebenso wie in Thüringen hinter der PDS auf dem dritten Platz. In Berlin fiel die SPD nach nur moderaten Verlusten – mit einem Stimmenanteil von 22,4 Prozent – auf ihr schlechtestes Ergebnis zurück, das sie jemals in dieser Stadt erzielte. In Nordrhein-Westfalen

musste sie erneut beachtliche Einbußen hinnehmen. Ein Rückgang um 3,2 Prozentpunkte bescherte der SPD das schlechteste Ergebnis seit 1962 in Nordrhein-Westfalen. Die Fortsetzung der rot-grünen Landesregierung wurde jedoch nicht gefährdet. Außer den beiden letzten Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verbuchten sie lediglich in Hessen, Bremen und Schleswig-Holstein Stimmengewinne. In Hessen gewann sie zwar 1,4 Prozent der Stimmen hinzu, konnte aber nicht verhindern, dass das rot-grüne Bündnis in Hessen durch eine CDU/FDP-Landesregierung abgelöst wurde. Ausschlaggebend war hier das schlechte Abschneiden der hessischen Grünen. In Bremen gewann die SPD – ausgehend von ihrem schlechtesten Ergebnis bei Bürgerschaftswahlen – 9,2 Prozentpunkte hinzu. In Schleswig-Holstein legte sie 3 Prozentpunkte zu.

Die **FDP** hat sich sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz – trotz leichter Verluste – von ihrem Negativtrend bei den Wahlen des Jahres 1999 absetzen können und ziehen in beide Landesparlamente ein: Allerdings gelang es ihr nicht, das gute Ergebnis bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (9,8 Prozent) zu wiederholen. Nach leichten Verlusten bei der Bundestagswahl im September 1998 folgten in Hessen deutliche Verluste, die sie nur knapp die Sperrklausel für den Wiedereinzug in den hessischen Landtag überwinden ließen. In Bremen scheiterten die Liberalen mit 2,5 Prozent der Stimmen wie bereits vier Jahre zuvor an der Fünf-Prozent-Hürde. Ebenso erging es ihnen in Brandenburg (1,9 Prozent), im Saarland (2,6 Prozent), in Thüringen (1,1 Prozent), Sachsen (1,1 Prozent) und in Berlin (2,2 Prozent).

Bei den **Grünen** hat sich der Negativtrend fortgesetzt. In Hessen verloren die Grünen vier Prozentpunkte, so dass trotz der Zugewinne der SPD die rot-grüne Regierung im Wiesbadener Landtag nicht fortgesetzt werden konnte und seitdem eine CDU/FDP-Koalition die Geschicke des Landes lenkt. In Bremen büßten sie über vier Prozentpunkte ein, was seit 1979 für die Grünen erstmals Verluste bedeutete, ihren Wiedereinzug in die Bremische Bürgerschaft jedoch nicht gefährdete. Im Saarland fielen sie unter die Fünf-Prozent-Marke. In Brandenburg (1,9 Prozent), Sachsen (2,6 Prozent) und Thüringen (1,9 Prozent) waren sie – wie bereits bei den Vorwahlen – weit von einem Einzug in die Länderparlamente entfernt. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Oktober 1999 (-3,3 Prozentpunkte), den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (-1,9 Prozentpunkte) und Nordrhein-Westfalen (-2,9 Prozentpunkte) wurde trotz deutlicher Einbußen der Wiedereinzug in die Parlamente nicht gefährdet.

Die **rechten Parteien** blieben sowohl bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg wie auch in Rheinland-Pfalz deutlich unter der Sperrklausel. Für Baden-Württemberg bedeutet dies, dass die Republikaner nach zwei Legislaturperioden den Stuttgarter Landtag wieder verlassen müssen. Seit der letzten Bundestagswahl konnte die DVU lediglich in Brandenburg und Bremen Wahlerfolge verbuchen und in die Parlamente einziehen (die Landtagswahl in

Sachsen-Anhalt, bei der die DVU 12,9 Prozent erzielte, war vor der Bundestagswahl 1998). Bei allen anderen Wahlen lagen die Stimmenanteile der rechten Parteien deutlich unter der Fünf-Prozent-Marke.

Die **PDS** kandidierte weder in Rheinland-Pfalz noch in Baden-Württemberg mit einer Landesliste.

Der Trend sinkender **Wahlbeteiligungen** setzte sich auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg fort. Lediglich in Sachsen und Hessen ist die Wahlbeteiligung nicht gesunken. Allerdings ist der Rückgang in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg eher unterdurchschnittlich. Bei der Europawahl und den Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen war der Rückgang zweistellig (ca. 15 Prozentpunkte).

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien seit der Bundestagswahl 1998 (in Prozent)

Bundesland	Wahltermin	Wahlbeteiligung	CDU/ CSU	SPD	F.D.P	Bündnis 90/ Die Grünen	REP/ DVU	PDS
Bundestagswahl	27.09.1998	88,2	35,1	40,9	6,2	6,7	3,0	5,1
Europawahl	13.06.1999	45,2	48,7	30,7	3,0	6,4	1,7	5,8
Hessen	07.02.1999	66,4	43,4	39,4	5,1	7,2	2,7	-
Bremen	06.06.1999	60,1	37,1	42,6	2,5	8,9	-	2,9
Brandenburg	05.09.1999	54,3	26,5	39,3	1,9	1,9	-	23,3
Saarland	05.09.1999	68,7	45,5	44,4	2,6	3,2	1,3	0,8
Thüringen	12.09.1999	59,9	51,0	18,5	1,1	1,9	0,8	21,3
Sachsen	19.09.1999	61,1	56,9	10,7	1,1	2,6	1,5	22,2
Berlin	10.10.2000	65,5	40,8	22,4	2,2	9,9	2,7	17,7
Schleswig-Holstein	27.02.2000	69,5	35,2	43,1	7,6	6,2	-	1,4
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	56,7	37,0	42,8	9,8	7,1	1,1	1,1
Baden-Württemberg	25.03.2001	62,6	44,8	33,3	8,1	7,7	4,4	-
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	62,1	35,3	44,7	7,8	5,2	2,4	-
Veränderungen zur vorangegangenen Wahl								
Bundestagswahl	27.09.1998	+3,2	-6,3	+4,5	-0,7	-0,6	+1,1	+0,7
Europawahl	13.06.1999	-14,8	+9,9	-1,5	-1,1	-3,7	-2,2	+1,1
Hessen	07.02.1999	+0,1	+4,2	+1,4	-2,3	-4,0	+0,7	-
Bremen	06.06.1999	-8,5	+4,5	+9,2	-0,9	-4,2	-0,3	+0,5
Brandenburg	05.09.1999	-2,0	+7,8	-14,8	-0,3	-1,0	-1,1	+4,6
Saarland	05.09.1999	-14,8	+6,9	-5,0	+0,5	-2,3	-0,1	+0,8
Thüringen	12.09.1999	-14,9	+8,4	-11,1	-2,1	-2,6	-0,5	+4,7
Sachsen	19.09.1999	+2,7	-1,2	-5,9	-0,6	-1,5	+0,2	+5,7
Berlin	10.10.2000	-3,1	+3,4	-1,2	-0,3	-3,3	0	+3,1
Schleswig-Holstein	27.02.2000	-2,3	-2,0	+3,3	+1,9	-1,9	-	+1,4
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	-7,3	-0,7	-3,2	+5,8	-2,9	-1,0	+1,1
Baden-Württemberg	25.03.2001	-5,0	+3,5	+8,2	-1,5	-4,4	-4,7	-
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	-8,7	-3,4	+4,9	-1,1	-1,7	-1,1	-

Quelle: Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter

5.2 Zusammenstellung der Vergleichszahlen aller Wahlen seit der Bundestagswahl 1998

Zufriedenheit mit Landesregierungen (Europawahl: Bundesregierung)

	Zufrieden	Unzufrieden
BTW 98	31	68
Hessen 99	51	47
Bremen 99		
CDU	55	40
SPD	57	41
Europawahl 99	23	74
Saarland 99	44	54
Brandenburg 99	46	51
Thüringen 99	53	42
Sachsen 99	68	27
Berlin 99	35	61
CDU	46	52
SPD	19	77
Schleswig-Holstein 2000	58	38
Nordrhein-Westfalen 2000	50	45
Baden-Württemberg LTW 2001	62	34
Rheinland-Pfalz LTW 2001	66	31

Quelle: Vorwählerhebungen von Infratest dimap

Problemlösungskompetenzen

Zukunftskompetenz	CDU/CSU	SPD	Differenz
BTW 98	30	39	-9
Hessen 99	31	43	-12
Bremen 99	31	34	-3
Europawahl 99	37	37	0
Saarland 99	37	33	+4
Brandenburg 99	-	-	-
Thüringen 99	36	26	+10
Sachsen 99	47	15	+32
Berlin 99	43	18	+25
Schleswig-Holstein 2000	29	46	-14
Nordrhein-Westfalen 2000	26	43	-17
Baden-Württemberg LTW 2001	38	26	+12
Rheinland-Pfalz LTW 2001	24	38	-14

Arbeitslosigkeit	CDU/CSU	SPD	Differenz
BTW 98	28	43	-15
Hessen 99	32	46	-14
Bremen 99	37	34	+3
Europawahl 99	38	37	+1
Saarland 99	40	32	+8
Brandenburg 99	29	36	-7
Thüringen 99	47	22	+25
Sachsen 99	48	13	+35
Berlin 99	39	21	+18
Schleswig-Holstein 2000	34	45	-11
Nordrhein-Westfalen 2000	30	47	-17
Baden-Württemberg LTW 2001	40	32	+8
Rheinland-Pfalz LTW 2001	26	43	-17
Soziales	CDU/CSU	SPD	Differenz
BTW 98	20	54	-34
Hessen 99	22	54	-32
Bremen 99	15	59	-44
Europawahl 99	26	50	-24
Saarland 99	28	45	-17
Brandenburg 99	-	-	-
Thüringen 99	32	33	-1
Sachsen 99	38	20	+18
Berlin 99	25	31	-6
Schleswig-Holstein 2000	19	58	-39
Nordrhein-Westfalen 2000	20	52	-32
Baden-Württemberg LTW 2001	26	41	-15
Rheinland-Pfalz LTW 2001	19	46	-27
Ausländer	CDU/CSU	SPD	Differenz
BTW 98	37	24	+13
Hessen 99	34	28	+6
Bremen 99	25	40	-15
Europawahl 99	35	35	0
Saarland 99	32	37	-5
Brandenburg 99	-	-	-
Thüringen 99	28	30	-2
Sachsen 99	32	22	+10
Berlin 99	32	24	+8
Schleswig-Holstein 2000	25	45	-20
Nordrhein-Westfalen 2000	24	39	-15
Baden-Württemberg LTW 2001	28	31	-3
Rheinland-Pfalz LTW 2001	23	38	-15

Wirtschaft	CDU/CSU	SPD	Differenz
BTW 98	47	33	+14
Hessen 99	38	44	-6
Bremen 99	45	33	+12
Europawahl 99	56	29	+27
Saarland 99	42	35	+7
Brandenburg 99	41	34	+7
Thüringen 99	62	20	+42
Sachsen 99	68	9	+59
Berlin 99	60	17	+43
Schleswig-Holstein 2000	36	45	-9
Nordrhein-Westfalen 2000	34	46	-12
Baden-Württemberg LTW 2001	55	20	+35
Rheinland-Pfalz LTW 2001	32	38	-6

Quelle: Vorwählerhebungen von Infratest dimap

Ministerpräsidentenpräferenz

		CDU/CSU		SPD		Differenz
BTW 98	Kohl	39		51	Schröder	-12
Hessen 99	Koch	31		44	Eichel	-13
Bremen 99	Perschau	24		66	Scherf	-42
Europawahl 99						
Saarland 99	Müller	32		46	Klimmt	-14
Brandenburg 99	Schönbohm	22		70	Stolpe	-48
Thüringen 99	Vogel	68		22	Dewes	+46
Sachsen 99	Biedenkopf	86		7	Kunckel	+79
Berlin 99	Diepgen	66		17	Momper	+49
Schleswig-Holstein 2000	Rühe	35		59	Simonis	-24
Nordrhein-Westfalen 2000	Rüttgers	25		61	Clement	-36
Baden-Württemberg LTW 2001	Teufel	47		41	Vogt	+6
Rheinland-Pfalz LTW 2001	Böhr	19		69	Beck	-50

Quelle: Vorwählerhebungen von Infratest dimap

	CDU/CSU												SPD											
	Hess	Bre	EU	Saar	Bran	Thü	Sach	Berl	SH	NRW	BW	RP	Hess	Bre	EU	Saar	Bran	Thü	Sach	Berl	SH	NRW	BW	RP
	Insgesamt	+4,2	+4,5	+9,9	+6,9	+7,8	+8,4	-1,2	+3,4	-2,0	-0,7	+3,5	-3	+1,4	+9,2	-1,5	-5,0	-14,8	-11,1	-5,9	-1,2	+3,3	-3,2	+8,3
Männer	+5	+6	+10	+7	+8	+10	-5	+2	-2	-2	+3	-4	+1	+8	-1	-5	-17	-11	-5	0	+5	-3	+8	+4
Frauen	+4	+3	+10	+7	+7	+7	+2	+5	-3	+1	+4	-3	+2	+11	-1	-5	-12	-10	-7	-2	+4	-3	+9	+6
18-24	+6	+3	+18	+12	+13	+16	+1	+11	+1	+5	+4	-4	-1	+8	0	-7	-20	-12	-4	-2	+4	-3	+7	+7
25-34	+6	+8	+18	+14	+14	+14	+1	+5	0	+4	+7	-4	+4	+6	-4	-10	-21	-15	-6	-0	+7	-6	+9	+2
35-44	+4	+3	+11	+6	+9	+9	0	+3	-1	-1	+4	-4	+3	+14	-4	-2	-17	-11	-7	-2	+7	-4	+11	+4
45-59	+4	+2	+6	+5	+6	+8	-4	-2	-3	-4	+1	-4	-1	+11	-1	-5	-14	-16	-6	-2	+3	-5	+11	+5
60 u.ä.	+3	+5	+4	-2	+2	+3	-1	0	-4	-3	+4	-4	+1	+8	+1	0	-9	-6	-6	-1	0	-1	+5	+8
Arbeiter	+3	+1	+13	+10	+18	+10	-4	+5	+0	+1	+9	-3	-3	+11	-3	-9	-24	-19	-8	-1	+7	-7	+5	+3
Angestellte	+5	+5	+12	+8	+19	+8	-1	-2	-2	+1	+2	-6	+3	+12	-4	-6	-14	-10	-6	-2	+3	-4	+11	+5
Beamte	+1	+8	+11	+14	+7	+24	-7	-4	-0	-4	-2	-2	+3	+10	-4	-9	-9	-10	-1	-1	+8	-5	+12	+3
Selbständig.	+7	+7	+8	+5	+14	+14	-1	-3	+0	-7	+3	-9	+7	+5	0	+2	-20	-9	-1	+2	-1	-3	+10	+6
Hausfrauen	+4	+7	-	+4	-	+12	+12	-	-5	-2	+7	-4	0	+5	-	-4	-	-12	-10	-	+8	-1	+4	+6
Rentner	+4	+4	+4	+2	+1	+4	-3	+2	-2	-1	+4	-3	0	+9	+1	-4	-9	-6	-6	-3	+0	-3	+5	+6
in Ausbild.	+9	+1	+17	+13	+18	+18	-1	+9	+3	+5	+5	-1	+4	+10	+3	-4	-14	-7	-3	-1	+1	0	+12	+11
Arbeitslose	+7	+5	+11	+1	+9	+13	+4	+3	-7	-3	+10	-5	-7	+1	-1	+4	-15	-21	-10	+1	+3	0	+1	+12

	Bündnis 90/Die Grünen												PDS											
	Hess	Bre	EU	Saar	Bran	Thü	Sach	Berl	SH	NRW	BW	RP	Hess	Bre	EU	Saar	Bran	Thü	Sach	Berl	SH	NRW	BW	RP
Insgesamt	-4,0	-4,2	-3,7	-2,3	-1,0	-2,6	-1,5	-3,3	-1,9	-3,0	-4,4	-2			+1,1	+4,6	+4,7	+5,7	+3,1					
Männer	-4	-4	-3	-3	-1	-2	-2	-4	-2	-3	-4	-1			+2,0	+5	+3	+7	+3,0					
Frauen	-4	-5	-5	-2	-1	-3	-1	-3	-2	-3	-6	-3			+1,4	+5	+5	+4	+3,3					
18-24	-10	-11	-9	-8	-4	-7	-4	-10	-11	-10	-11	-7			+1	0	-2	0	0					
25-34	-12	-11	-9	-4	-1	-3	-3	-5	-7	-7	-10	-4			0	-2	+2	+1	+2					
35-44	-6	-5	-3	-1	-1	-3	-3	-2	-3	-4	-7	-1			+1	+4	+4	+6	+3					
45-59	-1	0	-1	-1	-1	-1	-1	-2	0	0	-2	+1			+1	+7	+9	+9	+3					
60 u.ä.	0	-1	-1	-2	0	-2	+1	-1		0	+0	-1			+1	+8	+4	+6	+5					
Arbeiter	-2	-2	-3	-1	0	-3	-2	-4	-3	0	-2	-0			1	+6	+7	+5	+2					
Angestellte	-5	-6	-3	-3	-1	-3	-2	+1	-3	-4	-6	-2			+1	+5	+6	+7	+4					
Beamte	-5	-2	-3	-4	0	0	-1	+2	-4	-5	-6	+2			+2	+2	-11	-11	+1					
selbständig.	-5	-3	-3	-6	-2	-4	-2	+1	-3	-4	-5	+3			+1	+3	+3	+6	+4					
Hausfrauen	-4	-	-	-2	-	-8	-4	-	-1	-2	-3	-2			-	-	+8	0	-					
Rentner	0	-1	-1	0	-1	-2	0	-1	+2	0	0	-0			+1	+8	+5	+6	+5					
in Ausbild.	-15	-18	-16	-11	-6	-8	-4	-11	-9	-15	-19	-10			0	-4	-16	0	+1					
Arbeitslose	-9	-4	-2	0	-1	-4	-4	-3	-4	-1	-8	-6			+1	+1	+8	+6	+2					

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen

	FDP											
	Hess	Bre	EU	Saar	Bran	Thü	Sach	Berl	SH	NRW	BW	RP
Insgesamt	-2,3	-0,9	-1,1	+0,5	-0,3	-2,1	-0,6	-0,3	+1,9	+5,8	-1,5	-1
Männer	-3	-1	-1	0	0	-3	0	0	+3	+7	-1	-0
Frauen	-2	-1	-1	+1	0	-2	-1	-1	+1	+5	-2	-2
18-24	0	0	-1	+1	+1	0	+1	0	+4	+6	-0	+2
25-34	0	0	0	0	+1	-2	0	+1	+2	+7	-1	+3
35-44	-2	0	-1	-1	0	-3	-1	-1	+1	+6	-0	-1
45-59	-3	-2	-2	+1	-1	-3	-1	-1	+1	+7	-3	-3
60 u.ä.	-3	-1	-1	+1	-1	-1	-1	0	+3	+4	-2	-3
Arbeiter	-1	0	-1	-1	+1	-2	0	-1	+2	+5	-1	1
Angestellte	-3	-2	-2	0	0	-3	-1	0	+2	+7	-1	-1
Beamte	-2	+1	0	+1	+1	-7	-2	-1	-3	+11	-1	-5
Selbständig.	-9	-6	-1	+1	+1	-4	-3	-1	+5	+13	-5	-4
Hausfrauen	-2	0	*	0	*	-2	-1	*	0	+4	-2	-1
Rentner	-3	-1	-1	+1	-1	-1	-1	-1	+3	+5	-2	-3
in Ausbild.	0	+1	-1	+2	0	0	+2	+2	+3	+8	-1	1
Arbeitslose	+2	+3	-2	-3	-1	-1	-1	0	+6	+1	+8	1

= keine Zahlen vorhanden